

Nepal-Forum

Rundbrief des Human Rights Forum Nepal e.V.

Nr. 6

Januar 1992

Bezugspreis für Nichtmitglieder: 5,00 DM



Diese Kinder freuen sich über ihre neu erbaute Schule,
leider sind die Lernbedingungen in Nepals Schulen nicht immer erfreulich (s.S. 11 und 17)

Inhalt:

Neues aus Nepal

Aktuelles in Stichworten (Karl-Heinz Krämer) S. 2

Unsere Nepal-Kontakte

Warum nepalische Frauen benachteiligt sind ? (Ratna Dhungel) S. 8

Die Frauen von Dharmastali,
Nepalinnen lernen Lesen und Schreiben (Ingrid Decker) S. 9

80% aller Schulabgänger bleiben ohne Abschluss (Ingrid Decker) S. 11

Unsere Vereinsarbeit

Protokoll der Mitgliederversammlung vom 7.9.1991 (Hildegard Möller-Karki) S. 12

Solidarität und politische Unterstützung für Menschen
in Nepal deren Menschenrechte mißachtet oder bedroht werden (Egon Bender) S. 14

Vollversammlung und Öffentlichkeitsveranstaltung
am 7. und 8. März in Heidelberg (Egon Bender) S. 15

Aus den Arbeitsgruppen

Analphabetismus und Akademikerarbeitslosigkeit (Ingrid Decker) S. 17

Verschiedenes

S. 21

Die Redaktion

S. 21

Dokumentation

S. 21

HUMAN RIGHTS FORUM NEPAL e.V.
Funkgasse 15
5202 Hennef 1
Federal Republic of Germany
Tel.:(0049)02242/83657

Vorstand:
(executive committee)
Karl-Heinz Krämer
Pradeep Bhattarai
Ludwig Debuck

Konto-Nr. 480019-431 Postgiroamt Essen, BLZ 36010043
(bank acc. 480019-431 Postgiroamt Essen, bank code 36010043)
als gemeinnützig anerkannt durch Bescheid des
Finanzamtes Siegburg, Steuernummer 220/103/0753
(recognized as charitable organization by Finanzamt Siegburg)

Liebe Mitglieder, liebe Nepal-Freunde,

es ist uns leider nicht gelungen, das vorliegende Heft noch vor Weihnachten in Umlauf zu bringen, da wir derartige Arbeiten nur in unserer knapp bemessenen Freizeit erledigen können. Dennoch hoffen wir, Ihnen wieder einige interessante Beiträge zu liefern.

Die redaktionelle Arbeit wird in Zukunft schwerpunktmäßig von Egon Bender wahrgenommen, wofür ich ihm recht herzlich danken möchte. Mit Freude kann ich feststellen, daß nun endlich auch Beiträge von anderen Mitgliedern eingehen. Insbesondere Ingrid Decker, die sich von Oktober bis Dezember in Nepal aufgehalten hat, hat uns einige sehr interessante Beiträge zum nepalischen Bildungswesen zugesandt. Dies läßt hoffen, daß nun auch andere Mitglieder ihrem Beispiel folgen werden.

Wir haben uns vorgenommen, die Arbeitsweise unseres Vereins besser zu strukturieren und insbe-

sondere die Arbeitslast zu verteilen. Hierzu ist es jedoch notwendig, den Vorstand umzuorganisieren, was im Rahmen der nächsten **Mitgliederversammlung** geschehen soll. Diese wird - und ich weise hiermit besonders darauf hin, da wir das Programm aus organisatorischen Gründen erst sehr kurzfristig verschicken können - **am 6. und 7. März 1992 in Heidelberg** stattfinden. Es stehen dann ohnehin planmäßige Vorstandswahlen an. U.a. wird unser zweiter Vorsitzender, Pradeep Bhattarai, voraussichtlich nicht mehr zur Verfügung stehen, da er nach Nepal zurückkehrt. Der durch die Umorganisation des Vorstandes notwendige Antrag auf Satzungsänderung wird in der offiziellen Einladung zur Mitgliederversammlung vorgestellt werden. Weitere Themenvorschläge für die Mitgliederversammlung werden gerne entgegengenommen.

Ich wünsche Ihnen allen im Namen von Vorstand und Beirat alles Gute für das kommende Jahr

Karl-Heinz Krämer

Neues aus Nepal

Karl-Heinz Krämer

Aktuelles in Stichworten

1. Politik

Verfassung: Zum ersten Jahrestag der Verfassung (9. November) bekannten sich mit Ausnahme der radikalen NCP (Masal) alle Parteien zur neuen Verfassung. Die linke Opposition betonte dabei jedoch, daß die Neuerungen der Verfassung noch nicht weitreichend genug seien. So kritisierte die NCP (UML) wiederholt, daß der König nach wie vor außerhalb der Verfassung stehe.

Nachwahlen: Als Nachwahltermin für die beiden noch unbesetzten Parlamentssitze in Sunsari-3 und Kathmandu-5 legte die Wahlkommission den 9. Februar 1992 fest. Diese Neuwahlen waren notwendig geworden, weil Girija Prasad Koirala (Nepali Congress) und Madan Bhandari (NCP [UML]) in jeweils zwei Wahlkreisen gewählt worden waren.

Ministerreisen: Kritisiert wird die übertriebene Reisefreudigkeit der Minister. Insbesondere die USA seien ein beliebtes Reiseziel, auch wenn die jeweilige Aufgabe durchaus von untergeordneten Beamten der betroffenen Ministerien wahrgenommen werden könnte. Lediglich der Premierminister und drei weitere Minister (Supply, Landreform, Communications) habe sich bisher nicht am Reiserummel beteiligt.

Der Minister für lokale Entwicklung, Ram Chandra Poudel, begab sich Ende November zum Studium lokaler Entwicklungsaktivitäten auf eine fünfwöchige Auslandsreise nach Europa und Amerika. Sieht man einmal von den Außenministern ab, so ist dies die längste Auslandsreise, die je ein nepalischer Minister unternommen hat.

Meinungsumfrage: Bei einer Ende November von der Wochenzeitung Nepali Avaj durchgeführten Umfrage (es wurden allerdings lediglich 115 Männer und 52 Frauen befragt) äußerten sich 62,9 % nicht sonderlich beeindruckt von der Regierungsarbeit des Premierministers. 17,4 % brachten ihren Unmut in milderer Tönen zum Ausdruck, 14,4 % waren mit der Arbeit Girija Prasad Koiralas zufrieden und 5,3 % hatten keine Meinung.

Regierungskritik: Ende November nahm die Kritik an der Nepali Congress-Regierung zu. Selbst dem Neplai Congress nahestehende Zeitungen äußerten sich unzufrieden. Recht und Ordnung seien einigermaßen wiederhergestellt. Besonders vorgeworfen wurde der Regierung, daß sie die Preissteigerungen nicht in den Griff bekommt, gleichzeitig aber selbst drastische Gebührenerhöhungen für dringend benötigte Dienstleistungen (Elektrizität, Wasser, Telefon, Studiengebühren) vornimmt. Sehr stark kritisiert wurde auch die unverhohlene Vetternwirtschaft bei der Vergabe von Ämtern und leitenden Positionen. Hier hat der offen ausgetragene innerparteiliche Machtkonflikt zwischen Premierminister Girija

Prasad Koirala und dem obersten Führer des Nepali Congress, Ganesh Man Singh, offenbar sehr viel Vertrauen beim Volk zerstört.

Außenpolitischer Berater: Prof. Yadunath Khanal wurde von Premierminister Girija Prasad Koirala zu seinem außenpolitischen Berater bestimmt.

Lokale Verwaltung: Der Nepali Congress hat sich am 4. Oktober dafür entschieden, die 4.022 Village Development Committees, die 75 District Development Committees und die 33 Municipalities bis zu den im April/Mai 1992 vorgesehenen Wahlen beizubehalten. Als Grund wird angegeben, daß man sich hinsichtlich neuer Nominierungen nicht mit der NCP (UML) einigen könne.

Preissteigerung: Am 29. November fanden in Kathmandu von der NCP (UML) organisierte Demonstrationen gegen die zunehmende Preissteigerung, die Versorgungsgänge und die Unterwanderung der staatlichen Korporationen und der Bildungsinstitutionen durch den regierenden Nepali Congress (NC) statt. Ähnliche Kritik kam auch aus dem Lager anderer Oppositionsparteien.

CDO: In 67 Distrikten wurde der Posten des Chief District Officer's (CDO) neu besetzt. In vier Distrikten (Kathmandu, Palpa, Pyuthan, Kanchanpur) fand kein Wechsel statt, während das Amt in vier Distrikten (Dhankuta, Jajarkot, Parbat, Rolpa) unbesetzt blieb. Die Opposition kritisierte, daß vielfach unqualifizierte Personen eingesetzt wurden.

NCP (UML): Anfang Dezember sind in den östlichen Distrikten des Landes etwa 300 Mitglieder der UML aus ihrer Partei aus- und in den Nepali Congress eingetreten. Als Grund wurde wie in zahlreichen anderen ähnlich gelagerten Fällen das weltweite Scheitern der kommunistischen Ideologie angegeben.

Nepal Communist Party (Sixth Convention): Mahabir Prasad Singh, der Vorsitzende dieser Partei, trat am 28. November gemeinsam mit 2.000 seiner Anhänger in den Nepali Congress ein.

Nepal Sadbhavana Party: Die Tarai-Partei droht mit einer Bewegung, die auch vor dem Mittel der Gewalt nicht zurückschrecken wird, wenn der Diskriminierung der Tarai-Bevölkerung kein Ende gesetzt werde. Durch die Girija Prasad Koirala-Regierung seien bisher keine Veränderungen bewirkt worden.

Am 29. November begann in Siddharthanagar die nationale Konferenz der Nepal Sadbhavana Party. Hier erklärte der Vorsitzende, Gajendra Narayan Singh, etwa 1,5 Mio. Bewohner des Tarai hätten immer noch keinen Personalausweis erhalten, nur 20 der neu ernannten Richter und nur 7 der 75 Chief District Officers (CDO) gehörten ethnisch der Tarai-Bevölkerung an. Die Unterdrückung sei in der Zeit

der Übergangsregierung noch größer als während der Panchayat-Ära gewesen. G.N. Singh verlangte eine Beteiligung von 50% an den genannten Ämtern und die Anerkennung von Hindi als Nationalsprache.

Unter dem Vorwurf, daß die Beschlüsse der Konferenz lediglich auf die Tarai-Gebiete ausgerichtet seien, trat das Tanahun-Distriktkomitee der Partei geschlossen zurück. Auch der stellvertretende Parteivorsitzende, Harka Lal Rajvamshi aus Jhapa, legte sein Amt nieder und erklärte, die Parteiführer verfolgten nur ihre eigenen Interessen und nutzten die Interessen der Tarai-Bevölkerung nur als Deckmantel.

Nava Raj Subedi: Der Parlamentsvorsitzende des letzten National-Panchayats erklärte, er sei nicht für die Ausschreitungen der Staatsorgane während der letztjährigen Demokratiebewegung verantwortlich gewesen. Die Entscheidungen hätten damals völlig in den Händen der Regierung gelegen. Dennoch fände er nach wie vor den damaligen Widerstand gegen systemfeindliche Ideologien richtig. Er habe die Mai-Wahlen eigentlich boykottieren wollen, sei aber von seinen Anhängern zur Beteiligung gedrängt worden. Mehrere Panchayat-Nachfolgeorganisationen, aber auch der Nepali Congress hätten ihn heute zur Mitarbeit aufgefordert, er habe sich aber noch nicht entschieden.

Neue Parteien: Die erst Anfang Januar durch den Zusammenschluß von NCP (Marxist) und NCP (Marxist-Leninist) gebildete NCP (United Marxist Leninist) [NCP (UML)], die aus den Mai-Wahlen als mit Abstand stärkste Oppositionspartei hervorging, ist von einer Spaltung bedroht. Mitglieder aus den Reihen der ehemaligen NCP (M) kritisieren zunehmend die Parteipolitik und haben am 1. November eine neue Partei unter dem Namen NCP (15 September 1949) gegründet, so benannt nach dem Gründungsdatum der nepalischen kommunistischen Partei durch den verstorbenen Ehemann von Sahana Pradhan, Pushpa Lal Shrestha. Hauptansatzpunkt der Kritik ist das Abweichen der NCP (UML) vom orthodoxen Pfad des Marxismus. Kritisiert werden in diesem Zusammenhang auch die Entwicklungen in Osteuropa, die als Folge US-imperialistischer Unterwanderung gewertet werden.

Einige ehemalige Panchas unter Leitung von Sribhadra Sharma haben die Bildung einer neuen Partei angekündigt. Die erste nationale Konferenz soll im Februar 1992 stattfinden. Weitere beteiligte namhafte Personen sind Kirtinidhi Bista, Parashu Narayan Chaudhari und Achyut Raj Regmi.

Menschenrechtsorganisationen: In Kathmandu wurde eine neue Menschenrechtsorganisation unter dem Namen Nepal Dalit Tatha Shoshit Manav Adhikar Sangathan (Human Rights Organization for the Depressed and Exploited People of Nepal) ge-

gründet. Vorsitzender dieser neuen Organisation ist Prakash Chitrakar. Er erklärte, die neue Verfassung schütze nur die Interessen eines Teils der Bevölkerung, während die unterdrückten und ausgebeuteten Teile der Bevölkerung weiterhin ignoriert würden.

POLSAN: Auf der ersten nationalen Konferenz der Political Science Association of Nepal (POLSAN) wurde am 16. November Dr. Lok Raj Baral zum Vorsitzenden gewählt.

Verwaltung: Das Special Police Department hat ein Programm zur Kontrolle der Regierungsbüros und der Verwaltung gestartet. Bereits Ende Oktober wurden in verschiedenen Distrikten unangemeldete Kontrollen durchgeführt. U.a. fand man in Kathmandu eine Viertelstunde nach Dienstbeginn 253 Beamte noch nicht an ihrem Arbeitsplatz vor.

Militär: Auf Kriik stieß der Kauf eines teuren kugelsicheren Fahrzeugs mit allen Schikanen für den Staatschef der Armee.

Gesetzesanwendung: Sushil Pyakurel vom Informal Service Center forderte Premierminister G.P. Koirala auf, das Some Public (Crime and Punishment) Act aus dem Jahre 1970 aufzuheben. Dieses Gesetz sei damals von der Panchayat-Regierung zur Unterdrückung der Opposition geschaffen worden. Aber auch die heutige demokratisch gewählte Regierung habe es jüngst wiederholt angewandt, um streikende Staatsbedienstete zu verhaften. So seien allein im Dhanusa-Distrikt 105 Personen, allesamt von Oppositionsparteien, unter Berufung auf dieses Gesetz verhaftet worden. Sushil Pyakurel hob andererseits positiv hervor, daß es heute keinen Machtmißbrauch unter Anwendung des berüchtigten Public Security Act mehr gebe.

Nepal und Indien: Vom 5.-10. Dezember befand sich Premierminister Girija Prasad Koirala auf Staatsbesuch in Indien. Hauptanliegen war die Erneuerung der Handels- und Transitverträge, die im März 1989 ausgelaufen waren. Damals hatte die indische Rajiv-Gandhi-Regierung auf einer Zusammenlegung der Verträge beharrt, wie es bis 1978 üblich gewesen war. Schließlich kam es zur indischen Wirtschaftsblockade, welche die städtische Bevölkerung und die Umwelt Nepals hart getroffen hatte. Nun wurden am 6. Dezember doch getrennte Verträge über Handel und Transit abgeschlossen.

Der Handelsvertrag läuft zunächst über 5 Jahre, kann dann aber um weitere fünf Jahre verlängert werden. Er beinhaltet erweiterte Möglichkeiten für den nepalischen Handel nach Indien. Insbesondere wurde auch der Mindestanteil an verarbeitetem einheimischem Rohmaterial von 65% auf 55% gesenkt. Der Transitvertrag gilt für 7 Jahre. Er bringt für die nepalischen Im- und Exporteure eine Reihe von Zollvereinfachungen.

Außerdem wurden Vereinbarungen über die gemeinsame Nutzung der Wasserressourcen getroffen. Zusammenarbeit ist auch im landwirtschaftlichen Forschungs- und Technologiebereich angesagt. Zur Förderung der industriellen Entwicklung sollen indisch-nepalische Gemeinschaftsunternehmen besonders gefördert werden.

Auf nepalische Bitte hin wird Indien eine Reihe neuer Hilfsprojekte in Nepal in Angriff nehmen: B.P. Memorial Medical College in Biratnagar, Fernsprechamt in Rangeli, die Biratnagar-Jhapa-Straße, die Chatra-Birpur-Straße, die Erneuerung der Jayanagar-Janakpur-Bijalpuara-Eisenbahnlinie u.a..

Schließlich wurde die Gründung einer B.P. Koirala India-Nepal Foundation beschlossen, die von beiden Regierungen mit jeweils 20 Mio. Rs. unterstützt werden soll. Aufgabe dieser Stiftung soll die Förderung von Bildungs- und Kulturaustausch sowie die Zusammenarbeit in Wissenschaft und Technologie, Landwirtschaft und anderen Entwicklungsbereichen sein.

Nepal und China: Einige nepalische Buddhisten haben Anfang Oktober den Dalai Lama zur Teilnahme an einer buddhistischen Konferenz eingeladen, die im November/Dezember im ostnepalischen Dharan stattfinden soll. Die Buddhisten drohten mit einer Satyagraha-Bewegung, falls dem Dalai Lama wie bereits 1990 auf Druck der chinesischen Regierung und der linken nepalischen Oppositionsparteien die Einreise verweigert werden sollte.

Der pro-chinesische frühere Panchayat-Premierminister Kirtinidhi Bista überbrachte auf einer privaten Chinareise auch Grußschreiben der nepalischen Regierung an die chinesische Regierung. Nach seiner Aussage befürworten die Chinesen die jüngsten politischen Veränderungen in Nepal. Gleichzeitig aber hätten die Chinesen wiederum versucht, Druck auf Nepal in der Tibetfrage auszuüben. Sollte der Dalai Lama zu der kommenden buddhistischen Konferenz in Dharan eingeladen werden, wie dies von Indien, den USA, einigen Institutionen in Nepal und auch Privatpersonen befürwortet werde, würde China dies nicht tolerieren und sähe die nepalisch-chinesischen Beziehungen gefährdet. Es klingt wie Hohn, wenn Kirtinidhi Bista erklärt, China habe keine Einwendungen gegen die Öffnung von 14 grenznahen nepalischen Distrikten für den Tourismus. Das sind doch wohl innernepalische Angelegenheiten, die China nichts angehen.

Die Öffnung einiger Gebiete in Distrikten nahe der tibetischen Grenze (Taplejung, Sankhuwasabha, Solukhumbu, Dolakha, Rasuwa, Gorkha, Manang, Mustang, Dolpa, Mugu, Humla, Bajhang und Darchula) wurde von einer Reihe linker nepalischer Zeitungen scharf verurteilt. Man bezeichnete dies als eine anti-chinesische Verschwörung. Hiermit solle

der indischen Seite geschmeichelt werden. Die Entscheidung sei eine Einladung an indische Spione, die Grenzgebiete ohne besondere Genehmigung der nepalischen Regierung besuchen zu können. Die Zeitung Arati andererseits bezeichnete diese Kritiker als ausländische Marionetten; damit solle das brutale Vorgehen der Chinesen im besetzten Tibet verschleiert werden. Nepal habe zwar Tibet als integralen Bestandteil Chinas anerkannt, doch könne sich diese Haltung durchaus ändern, wenn die weltweite Unabhängigkeitsbewegung gewaltsam besetzter Territorien auch in Tibet zum Erfolg führen sollte.

Botschafter: Gopal Prasad Sharma wurde Anfang Oktober zum neuen nepalischen Botschafter in Deutschland ernannt, nachdem dieser Posten einhalb Jahre unbesetzt gewesen war und der Erste Sekretär, Herr Madhav Ji Shrestha, diese Aufgabe wahrgenommen hatte. Bei einem Empfang der Deutsch-Nepalischen Gesellschaft und des King Mahendra Trust for Nature Conservation am 4. Dezember in Köln, hatten auch einige Mitglieder unseres Vereins die Möglichkeit, den neuen Botschafter kennenzulernen.

Demokratiebewegung in Bhutan: Premierminister Girija Prasad Koirala erklärte am 22. September, die Nepali Congress-Regierung lasse der Demokratie- und Menschenrechtsbewegung in Bhutan moralische Unterstützung und Sympatie zukommen. Man würde jede derartige Bewegung auf der ganzen Welt unterstützen, da die entsprechenden Kräfte in Nepal im vergangenen Jahr auch Unterstützung aus der ganzen Welt erhalten hätten. Man wolle sich aber auch nicht in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes einmischen. Es seien bereits Kontakte zum High Commissioner for Refugees der Vereinten Nationen bezüglich Hilfs- und Rehabilitationsmaßnahmen für die zahlreichen bhutanischen Flüchtlinge in Nepal aufgenommen worden.

2. Wirtschaft

8. Fünfjahresplan: Am 2. Dezember stellte Dr. Ram Sharan Mahat, der stellvertretende Vorsitzende der National Planning Commission, auf einer Pressekonferenz den Entwurf für den 8. Fünfjahresplan (1992-1997) vor. Der Gesamtplan soll 189.537 Mio. Rs. umfassen. Davon sollen 66% aus dem privaten Sektor und 34% aus dem Regierungssektor finanziert werden. Die Gesamtentwicklungsinvestitionen in Höhe von 121.000 Mio Rs. sollen zu 60% aus nationalen Reserven, der Rest durch auswärtige Unterstützungen und Darlehen finanziert werden.

Prozentual entfallen auf den Agrarbereich 26%, die Industrie 9%, den Elektrizitätsbereich 16%, das Transport- und Kommunikationswesen 14%, die Finanzierungsdienste 20% und die Sozialdienste 8%.

Hauptanliegen des Planes sind die Fortsetzung des wirtschaftlichen Entwicklungsprozesses und die Beseitigung der Armut, wobei dem ländlichen Raum höchste Priorität eingeräumt werden soll und die regionalen Unterschiede beseitigt werden sollen. Hauptansatzgebiete werden die Intensivierung und Diversifikation der Landwirtschaft, die Entwicklung ländlicher Infrastrukturen, die Bevölkerungskontrolle, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Entwicklung von Arbeitskraft, die Weiterentwicklung von Industrie und Tourismus, die Förderung und Diversifikation des Exports, die Entwicklung von Energiequellen, die Schaffung allgemeiner wirtschaftlicher Stabilität sowie Verwaltungsreformen sein.

SFDP: Die Agriculture Development Bank (ADB) reorganisierte die 465 Projekte des Small Farmers Development Project's (SFDP). Einige Projekte wurde wegen Fehlplanung ganz gestrichen. Es gibt nun 287 Haupt- und 107 Nebenprojekte. Insgesamt werden dank der Unterstützung durch die Asian Development Bank weitere 48.000 Familien in die Projekte einbezogen.

Nahrungsmittel: Ende Oktober vereinbarten Nepal und Indien die Einfuhr von 40.000 t Weizen zum Festpreis von 200 Mio. Rs.. Bereits zuvor war ein Vertrag über die Lieferung von 25.000 t Reis geschlossen worden, mit dessen Auslieferung bereits begonnen wurde. Diese Reismenge ist jedoch lediglich ein Tropfen auf den heißen Stein und hat keinen Einfluß auf die Preisentwicklung im Kathmandu. Innerhalb des letzten Jahres haben sich hier die Reispreise je nach Sorte um bis zu 50 % verteuert. Mit anderen Grundnahrungsmitteln sieht es ähnlich aus

Bewässerung: Ein Bewässerungsprojekt in den Dörfern Jiri, Khinoti und Piple, das durch den Einsatz von 31,5 Mio. Rs. 425 ha Land bewässern sollte, wurde aufgegeben, nachdem bereits 10 Mio. Rs. investiert worden waren.

Elektrizitätspreise: Die Elektrizitätspreise wurden am 17. November um durchschnittlich 61% angehoben. Als Gründe wurden die weltweite Inflation, die Abwertung der nepalischen Rupie und Zinslast der Anleihen genannt. Der Mindestbetrag beträgt nun 11 Rs. für 20 kWh.

Telefonpreise: Mit Wirkung vom 17. November wurde die monatliche Mindestgebühr von 100 Rs. auf 150 Rs. angehoben. Für die über 100 Einheiten hinausgehenden Gespräche muß pro Einheit 1 Rs. gezahlt werden.

Staatsdienst: Am 24. September traf eine Delegation der Nepal Civil Servants' Organization (NCSO) Versorgungsminister Chiranjibi Wagle und forderte die Ausgabe von Reis und anderen wichtigen Grund-

gütern an Staatsbedienstete gegen Rationierungskarten. Die Delegation traf auch mit dem Minister für allgemeine Verwaltung, Maheshwar Prasad Singh, zusammen, den man auf die besonderen Schwierigkeiten der Staatsbediensteten, insbesondere derer aus niedrigen Gehaltsgruppen, in Anbetracht der ständig steigenden Preise für Grundbedarfsgüter und Mieten aufmerksam machte. Außerdem kritisierte man das Festhalten an dem alten unwissenschaftlichen und planlosen System bei der Ernennung und Beförderung von Beamten.

Nepal/Deutschland: Am 30. September wurden in Kathmandu diverse bilaterale Abkommen getroffen, bei denen Deutschland folgende Hilfszusagen machte: 17 Mio. DM für Düngemittel und andere wichtige Dienste, 3 Mio. DM für einen Expertenfond zur Vorbereitung von Entwicklungsprojekten, 4 Mio. DM einschließlich technischer Hilfe für das Gorkha Development Project sowie 4,8 Mio DM einschließlich technischer Hilfe für das Solid Waste Management Project in Kathmandu, Patan und Bhaktapur.

Am 1. August begann die deutsche Consultant-Firma German Water Engineering mit den Vorbereitungen für ein Urban Water Supply and Sewerage Rehabilitation Project im Kathmandu. Das Projekt wird durch ein Darlehen der Weltbank finanziert.

Illegale Geldexporte: Die Alliance for Progress in Nepal, eine Vereinigung in den USA lebender Nepalis, bat die Kroll Agencies, eine private amerikanische Ermittlungsagentur, illegale Geldanlagen des Palastes und früherer Panchas aufzufindig zu machen. Man sei auch bereit, das Honorar dieser Agentur in Höhe von 50.000 US \$ zu zahlen, wenn die nepalische Regierung die notwendige Kooperationsbereitschaft erkennen lasse.

Flugverbindungen: Die Lufthansa hat ihre Flugverbindungen zwischen Frankfurt und Kathmandu auf zwei Passagier- und zwei Frachtflüge pro Woche erweitert.

3. Umwelt

Waldzerstörung: Gokul Raj Pandey, der Generaldirektor des Forst-Departments, erklärte, man habe nun die illegale Waldzerstörung weitgehend unter Kontrolle. Diese Zerstörung habe zwischen dem Ende der Demokratiebewegung und den Wahlen ihren Höhepunkt erreicht, als sich fast 36.000 Familien illegal in Waldgebieten niedergelassen hätten. Dies habe zu einer Reduzierung des Waldbestandes von 37 % auf 30 % geführt.

Erdbeben: Das schwere Erdbeben vom 20. Oktober im indischen Unionsstaat Uttar Pradesh war auch in Westnepal zu verspüren. Erschüttert wurden besonders die Distrikte Bajhang und Baitadi, Ausläufer reichten aber auch bis in die Städte Dhangadhi

(Kailali-Distrikt) und Mahendranagar (Kanchanpur-Distrikt). Es wurden jedoch keine größeren Schäden oder gar Todesfälle gemeldet.

Pestizide: Die Agricultural Inputs Corporation hat in der Panchayat-Zeit seit 1975 etwa 122 t Pestizide mit verfallenem Haltbarkeitsdatum gesammelt. Von diesen wurden 33 t in regierungseigenen Landwirtschaftsfarmen und Forstschulen benutzt. 21 t wurden zum Recycling an die Nepal Pesticides and Chemicals in Krishnanagar geschickt. Etwa 53 t wurden in den Wäldern von Laljhandi (Rupandehi), Amlekhganj u.a. verstreut oder vergraben. Am 26. November 1990 beschloß die damalige Übergangsregierung, den Rest in der Hetauda-Zementfabrik zu verbrennen; der Wert dieser Ware betrug etwa 8,5 Mio. Rs., die durch eine Anleihe bei der Asian Development Bank finanzierte Verbrennung kostete nochmals 2,3 Mio. Rs.

4. Gesundheit

Planung: Das Gesundheitsministerium veröffentlichte am 14. November seine Planungsziele für den nationalen Gesundheitsdienst. Wichtigstes Ziel sollen die Reduzierung der Säuglingssterblichkeitsrate von jetzt 10,7% auf 2,0%, der Kindersterblichkeitsrate von 10,7% auf 5,0%, der Müttersterblichkeitsrate von 8,5 auf 4, der Geburtenrate von 5,8 auf 4 und die Steigerung der durchschnittlichen Lebenserwartung von 53 auf 65 Jahre sein.

Behinderte: Der Social Services National Coordination Council (SSNCC) erneuerte sein Abkommen mit den Mary Knoll Fathers aus den USA über ein Projekt für geistig behinderte Kinder in 15 Distrikten der Mid Western Development Region für weitere 5 Jahre. Die Amerikaner werden in dieser Zeit das Projekt mit 4,37 Mio. Rs unterstützen.

Familienplanung: Mitte November besuchte eine Delegation der Planned Parenthood Federation of America (PPFA) Nepal, um mit der nepalischen Regierung Förderungsmöglichkeiten des Gesundheits- und Familienplanungsprogramms zu besprechen.

Medikamente: Der illegale Import und Verkauf von 39 indischen Medikamenten wurde unterbunden. Das Pharmaceuticals Management Department betonte, daß jeglicher illegale Import von Medikamenten, egal aus welchem Land, verboten sei.

Drogen: Im Rahmen der Bekämpfung von Drogenmißbrauch und -handel wurden in den Distrikten Parsa, Bara, Dhanusa, Mahottari, Rautahat und Sirahi 543 ha Ganja-Pflanzen vernichtet. Ferner teilte Ende November ein Sprecher des Innenministeriums mit, daß seit dem 16. Juli 125 Personen wegen Drogenmißbrauchs und -handels verhaftet worden sind, 107 Nepali, 15 Inder und 3 Deutsche.

5. Bildung

Indische Lehrer: 550 indische Lehrer, die während der Panchayat-Zeit in verschiedenen Schulen des Landes eingesetzt worden waren, erhielten jetzt von der Regierung eine dauerhafte Anstellung.

Universitätsgebühren: Ende November wurden die Universitätsgebühren landesweit angehoben. Es war dies die erste Erhöhung seit 1973. Dennoch protestierten alle Studentenorganisationen, auch die dem Nepali Congress nahestehende Nepal Students Union energisch gegen diese Maßnahme. Man sprach von einem schlechten Dank für das Opfer, daß die Studenten im Verlauf der Demokratiebewegung gebracht hätten.

6. Soziales

Kinder: "Brot für die Welt" wies darauf hin, daß von den über 100.000 Arbeitern in den rund 2.000 nepalischen Teppichfabriken etwa 65% Kinder sind. Die kirchliche Organisation kritisierte die unbefriedigenden Bedingungen, unter denen die Kinder zu dieser Tätigkeit gezwungen werden. Da die europäischen Länder der Hauptabnehmer der nepalischen Teppiche sind, wird empfohlen, mit einem Importboykott zu drohen, wenn keine Garantien vorgelegt werden, daß keine Kinder bei der Herstellung eingesetzt werden. "Brot für die Welt" will die Angelegenheit auch vor der ILO zur Sprache bringen.

Ende November wurde das Zentralkomitee der Nepal Children's Organization umgebildet. Vorsitzende ist jetzt Frau Rita Singh Vaidya, eine Tochter von Ganesh Man Singh, die zuvor am Padma Kanya Campus in Kathmandu unterrichtete. Generalsekretär der Organisation ist jetzt Shyam Kumar Ale.

Frauen: Vom 14.-17. November fand in Kathmandu die zweite nationale Konferenz der der NCP (UML) nahestehenden All Nepal Women's Association (ANWA) statt. Zur neuen Vorsitzenden wurde die Parlamentsabgeordnete Sahana Pradhan gewählt. Die bisherige Vorsitzende, Ashta Laxmi Shakya, wurde zur Generalsekretärin ernannt. Frau Sahana Pradhan erklärte, das vorrangige Ziel der Organisation sei die Bekämpfung des Analphabetentums unter Frauen, des Frauenhandels ins Ausland und der Prostitution in Kathmandu und anderen Städten des Landes.

Ethnische Gruppen: Gopal Prasad Gurung, der Vorsitzende der Mongol National Organization, erklärte in einem Interview des Nepali Patra: "Die mongolischen Völkerschaften Nepals haben eine eigene Existenz und Identität. Sie sind weder Arier noch Hindus. Sie haben keinen Disput mit nicht-hinduistischen Ariern. Der Hinduismus und die hinduistische Tradition und Kultur sind von den hinduistischen Ariern eingeführt worden. Entsprechend

dieser Tradition und Kultur werden Nicht-Arier nicht einmal als menschliche Wesen betrachtet, geschweige denn, daß ihnen gleiche Rechte zugestanden werden. Die hinduistische Religion und ihre Schöpfer, die Brahmanen und Chetri, haben uns in unserem eigenen Land der grundlegenden Menschenrechte beraubt und uns wie Sklaven behandelt. Die Kaste und andere anti-humane Systeme der Hindureligion passen nicht zu uns, da wir keine Hindus sind." (Nepali Patra, 01.11.1991)

Bevölkerungsplanung: Unter Vorsitz von Premierminister Girija Prasad Koirala wurde ein National Population Committee geschaffen, dessen Aufgabe "die Formulierung einer Politik zur Koordinierung der multi-sektoralen und multi-dimensionalen Ansätze zur Bewältigung der Bevölkerungsproblematik sowie die Schaffung, Koordinierung und Überwachung von nationalen Bevölkerungsprogrammen" sein soll. Eine weitere Aufgabe soll die Mobilisierung bilateraler und multilateraler Zusammenarbeit in diesem Bereich sein.

(Politische) Gefangene: Auf einer Veranstaltung von Amnesty International und einer Anwaltsgruppe in Kathmandu erklärte Innenminister Sher Bahadur Deupa am 12. November, daß es keine politischen Gefangenen in Nepal mehr gäbe. Sollte noch ein Fall bekannt werden, so würde die betroffene Person sofort freigelassen. Außerdem habe die Regierung Maßnahmen zur Unterbindung von Folter eingeleitet.

Aus Anlaß des ersten Jahrestages der Verfassung wurden 27 Gefangene vorzeitig aus der Haft entlassen.

247 Personen, die in der Panchayat-Zeit als politische Gefangene im Gefängnis gesessen hatten, erhielten aus Anlaß der Dasain- und Tihar-Feste vom Political Sufferers Relief Committee, welches vom früheren Premierminister Krishna Prasad Bhattarai geleitet wird, zwischen 3.000 und 6.000 Rs. als Übergangshilfe. Rehabilitationsmaßnahmen sollen Anfang 1992 anlaufen.

Eine Delegation aus Sindhupalchowk unter Leitung von Krishna Subedi verlangte Ende November von der Regierung die Freilassung von 32 politischen Mitarbeitern, die am 23. April 1990 aufgrund falscher Beschuldigungen von der damaligen Regierung inhaftiert worden seien, nachdem sie versucht hatten, eine öffentliche Veranstaltung zur Feier des Erfolges der Demokratiebewegung zu veranstalten.

7. Sonstiges

Die vierte Versammlung der Asian Conference on Religion and Peace fand vom 29.10. bis 2.11. in Kathmandu statt.

Unsere Nepalkontakte

Ratna Dhungel

Warum nepalische Frauen benachteiligt sind ?

Nepal ist das einzige Hindukönigreich der Welt. Das Land ist bekannt im Westen besonders durch den Mount Everest, den höchsten Berg der Welt, aber auch durch die Gorkha Soldaten. Jedes Jahr kommen tausende von Touristen, Trekker und Expeditionsteilnehmer nach Nepal. Sie genießen die natürliche Schönheit des Landes und die vielfältige Kultur. Von vielen Touristen jedoch unbeachtet bleibt die Situation der Frauen in Nepal.

Kulturelle Werte und Religion

Die Bevölkerung Nepals wird auf 18 Millionen geschätzt. Die letzte nationale Volkszählung ergab, daß 50,9 % davon Frauen sind. Sehen wir uns aber den Status der Frauen an, stellen wir fest, daß sie extrem benachteiligt werden in der von Männern beherrschten Gesellschaft. Weder auf dem Lande noch auf nationaler Ebene sind die Frauen an Entscheidungen beteiligt. Was sind die Gründe, die die Entwicklung der Frauen im Vergleich mit der männlichen Bevölkerung behindern?

Nepals Kultur läßt sich gleichsetzen mit dem Hinduismus. In den religiösen Schriften findet man immer wieder, wie sehr Göttinnen, wie z.B. Kali von männlichen Göttern wie Shiva, Brahma und Vishnu respektiert werden. Es wird auch ausdrücklich gesagt, wie sehr sie zu respektieren sind. Gleichzeitig aber behaupten die Priester, daß alle Heldentaten der Göttinnen nur dem Wohle ihrer Ehemänner dienen sollen oder um Gott zu huldigen. Immer wenn die Götter Probleme bekamen, haben sie ihre Frauen aufgerufen, sie zu schützen.

Diese heiligen Schriften predigen also indirekt, daß Frauen nur geschaffen wurden, den Männern zu dienen.

Armut und Unwissenheit

In unserer Gesellschaft sind die meisten Menschen Analphabeten. Sie leben isoliert von den Entwicklungen der restlichen Welt. Ihr Glaube an das, was die Religion verheißt, ist gleichzeitig besonders stark. Diese Männer und Frauen sind sehr naiv. Kritisches Denken und Urteilen bleiben ihnen fremd. So kommt es, daß die Frauen selbst den Männern Privilegien einräumen, im Glauben, es sei ihre Pflicht, den Männern zu dienen. Diese haben das dann auch weitlich ausgenutzt. Söhnen wird mehr Bedeutung

beigemessen als den Töchtern, denn es sind die Söhne, die nach dem Tode der Eltern die religiösen Riten verrichten. Hat eine Familie keine Söhne, bleibt ihr das Tor zum Himmel verschlossen. Das besagen die verschiedenen Interpretationen der Priester, die die religiösen Bücher auslegen. Es ist sehr schwer, die ältere Generation davon zu überzeugen, daß unsere grundlegende religiöse Schrift, die "Veda", nichts davon berichtet. Sie glauben eher, was die Priester ihnen erzählen. Die Diskriminierung der Mädchen ist somit eine der Hauptgründe für die Benachteiligung der Frauen.

Kinderehen

Kinder werden in ganz jungen Jahren verheiratet. Mein Schwiegervater mußte im Alter von neun Jahren den Lebensbund mit meiner noch ein Jahr jüngeren Schwiegermutter schließen. Diese mußte ihre Schwiegermutter wiederum durch harte Arbeit zufriedenstellen. Unglücklicherweise gelang ihr das nicht. So wurde für meinen Schwiegervater eine zweite Heirat arrangiert. Damals war er kaum zwölf Jahre alt.

Mein Schwiegervater erzählte mir später, es sei ihm wie eine Puppenhochzeit vorgekommen. Die Kinderehe ist in Nepal immer noch sehr häufig, und auch damit läßt sich die geringe Bildung und Diskriminierung der Mädchen erklären.

Wirtschaftliche Bedingungen

Die Kinder sind die helfenden Hände ihrer Eltern. Die älteren beaufsichtigen die jüngeren, während die Eltern arbeiten. Im Alter von zehn bis zwölf Jahren unterstützen die Knaben den Vater und die Mädchen die Mutter bei der Arbeit. Kochen, putzen, der Gemüseanbau im Garten sind die Aufgaben der Frauen. Direkt oder indirekt unterstützt die Arbeit der Kinder die Wirtschaft der Familie. Sollten die Eltern Schulbildung als Wichtig erachten, so schicken sie die Söhne zum Unterricht, die sie im Alter unterstützen werden bei der Arbeit. Die Töchter jedoch verlassen das Haus, um mit ihrem zukünftigen Ehemann zu leben. Deshalb glauben viele, Geld für die Schulausbildung einer Tochter zu verwenden, sei unproduktiv für sie. Warum sollen Mädchen auch etwas lernen, wo sie doch für den Haushalt da sind und es keinen Unterschied macht, ob sie nun gebildet sind oder nicht? Dazu kommt, daß viele Eltern nicht die finanziellen Mittel haben, ihre Kinder zur Schule zu schicken.

Arbeitsangebote

Die Entwicklung einer Infrastruktur in unserem Land ist immer noch in den Anfangsstadien. Industrie gibt es nur in den Städten. Deshalb verlassen viele Menschen die ländlichen Gebiete. Diejenigen, die eine Schule besucht haben, schauen sich in der Stadt nach einem Job um, um sich dort niederzulassen. Das trifft auch auf viele Mädchen zu, die etwas Bildung vermittelt bekommen haben.

All das macht einen negativen Eindruck auf die Eltern. Für sie ist die Schule verantwortlich dafür, daß ihre Kinder sie verlassen.

Rechtsstatus der Frauen

Die nepalischen Frauen genießen nicht die Autorität in der Familie, Entscheidungen zu treffen. Das ist das Privileg des Vaters und nach ihm das des ältesten Sohnes. Das Eigentum gehört den Männern, die Töchter besitzen kein Erbrecht. Nur wenn sie mit fünfunddreißig Jahren immer noch unverheiratet sind, haben sie Anspruch auf das Elternteil. Witwen sind erbberechtigt, müssen aber im Falle einer Wiederverheiratung den Besitz an die Schwiegereltern zurückerstatten. Die Situation der Frauen ändert sich nur langsam. Gebildete Männer und Frauen kümmern sich um die Menschen auf dem Land. Auch ausländische Gesellschaften stellen Fonds für die Bildung z. B. von Frauen bereit. NGO's (Non Government Organisation) haben Programme erstellt, die Frauen und Kindern auf dem Lande bei der Entwicklung ihrer Fähigkeiten helfen. HANDS (Human And National Development Society) ist eine dieser NGO's, die mit Landfrauen arbeitet. (s. "Die Frauen von Dharmastali")

HUMAN AND NATIONAL DEVELOPMENT SOCIETY (HANDS)



**An Institute for Women-Child and
Rural Community Development**

Ingrid Decker

Die Frauen von Dharmastali Nepalinnen lernen Lesen und Schreiben

200 Mill. \$ ausländischer Mittel flossen 1989 in das Himalaya-Königreich Nepal, somit die höchste Rate an Entwicklungsgeldern in ganz Asien. Dennoch ist der Gebirgsstaat dort zum ärmsten Land geworden. Es profitierte nur der urbane Bereich, die Menschen auf dem Lande leben so wie seit Jahrhunderten. Sechzig Prozent der Nepalis können nicht lesen und schreiben, die meisten von ihnen sind Frauen. Daß nicht das Geld das Entscheidende bei der Entwicklung ist, dieser Einsicht folgt die nepalische Frauenorganisation 'HANDS' (Human and National Development Society).

Wir brauchen soviel Zeit

Wenn Nirmala morgens aufsteht, ist es noch dunkel. Sie kehrt die Küche, verrichtet die Morgenpuja, um böse Geister zu vertreiben und geht dann zum Wasser holen. So wie Nirmala beginnen die meisten Frauen Nepals den Tag. Dharmastali, ein Newardorf nördlich von Kathmandu, ist nur zu Fuß zu erreichen. Wir laufen eine ganze Stunde, bis wir oben auf einem Hügel die ersten Häuser sehen können. "Die Frauen arbeiten den ganzen Tag. Sie suchen Holz, waschen die Wäsche im Fluß und kochen für die Familie. Auch die Feldarbeit ist ihre Aufgabe", erzählt mir Ratna Dhungel, Gründerin der Frauenorganisation 'HANDS', die eine Schule für Frauen in Dharmastali einrichtete. Es ist schon dämmerig, als wir um 6 Uhr abends das Dorf erreichen. Die Straße ist mit roten Backsteinen bepflastert, und auch die dreigeschossigen Häuser zu beiden Seiten sehen eher städtisch aus. Erst die Misthaufen rechts und links und das Hühnergegacker geben Dharmastali den ländlichen "touch".

Ein paar aufgehängte Glühbirnen schweben hoch über der engen Hauptgasse, und die fast fensterlosen Wohnhäuser wirken gespenstisch, wie aus einem Expressionistischen Film.

Wir biegen in eine Seitengasse ein und hier ist es stockdunkel. Nur mit Hilfe einer Taschenlampe finden wir das Haus, indem die Abendschule für Frauen stattfindet. Die beiden "Lehrerinnen" warten schon; sie studieren noch, die eine ist 16 Jahre, die andere 3 Jahre älter. Jeden Abend kommen die Frauen, auch während der Erntezeit, wenn sie besonders viel Arbeit haben. Der "Klassenraum", eine leergeräumte Vorratskammer, ist winzig, viel-

Die Zeit hat sich verändert

An der Stirnseite des Schulraumes hängt eine Tafel, und ein gemaltes Bild zeigt einen Fluß, eine Frau die Wäsche darin wäscht, eine andere, die Trinkwasser holt, während ein kleiner Junge am Rande sein "Geschäft" verrichtet. Die Frauen kennen diese Situation aus ihrem täglichen Leben und die Lehrerin fordert sie auf, etwas dazu zu sagen.

Obwohl Nepal das Land der Bäche und Flüsse ist, die aus den Himalaya-Bergen sprudeln, bleibt sauberes Wasser nur den Menschen im Hochgebirge und den Reichen in Kathmandu vorbehalten. Erstere sitzen an der Quelle. Allerdings müssen die Frauen oft weit laufen, bis zu 6 Stunden täglich. In der Pahar-Region, dem Bereich zwischen 2000 und 3000 Metern Höhe, ist der Fluß schon verschmutzt mit Abfällen, die sich so leicht nicht abbauen lassen.

Nur die Reichen in Kathmandu können sich teure Wasserfilter leisten.

"Wir kommen hierher, um das Selbstvertrauen zu bekommen und etwas zu ändern", sagt eine der Frauen. "Die Leute hören nicht auf uns, es ist so schwer, die anderen Bewohner zu überzeugen, daß sich etwas ändern muß", wendet die Nachbarin ein.

Die Frauen von Dharmastali arbeiten den ganzen Tag auf dem Feld. Fließendes Wasser gibt es nicht zu jeder Zeit, also bleibt nur der Fluß. Im Dorfteich, der nach Angaben der Frauen sehr, sehr schmutzig ist, wird die Wäsche, aber auch das Geschirr gewaschen. Die Frauen wissen, daß schmutziges Wasser krank macht.

Steht auf, Schwestern

Die Lehrerin zeigt wieder auf das Bild und fragt: Warum muß der Junge den Fluß als Toilette benutzen?" Plötzlich reden alle Frauen durcheinander. Wir versuchen herauszubekommen, wieviele Frauen im Haus eine Toilette besitzen. Nur drei melden sich. Die anderen wenden ein, daß sie nur wenig Land besitzen und sich keinen "Safety Tank" leisten können. Außerdem gibt es niemanden im Dorf, der die Toiletten reinigen wird. (Gemeint sind die Unberührbaren, die traditionell in der Hindugesellschaft für diese Aufgaben zuständig sind.)

Jeden Abend zum Abschluß ihrer Unterrichtsstunde, singen die Frauen "Thr Lied":

Uttar, uttar, didi, bahini...
Steht auf Schwestern!
Die Zeit hat sich verändert.
Wir wollen keine Angst mehr haben.
Frauen und Männer sind nun gleich.
Mit einer Hand können wir nicht klatschen.
Wir brauchen zwei Hände:
Die eine Hand ist die Frau,
Die andere der Mann.

Wir wollen uns gegenseitig helfen

Drei Häuser weiter unterrichtet die zweite Lehrerin die Frauen im Lesen und Schreiben. "pa - ni" steht an der Tafel, "Wasser". Im Chor sprechen die Mädchen und Frauen die Silben nach und schreiben sie dann ab. Auch hier sitzen die Frauen dichtgedrängt. Der Raum ist ohne Fenster, und es gibt keine Schulbänke. Der Unterricht ist in Nepali, der Muttersprache der beiden oberen Hindukasten. Die Frauen von Dharmastali jedoch sprechen Newari, eine Sprache der tibeto-burmesischen Sprachgruppe, die von den Ureinwohnern, den Künstlern und Handwerkern des Kathmandutales, gesprochen wird. Nepali, die Sprache der kriegerischen Gorkha, ist zur lingua franca im Land geworden. Frau Dhungel spricht beide Sprache und natürlich auch Englisch. Früher unterstützte sie ihren Mann bei der Arbeit, half den Menschen auf dem Land, ihre Anbaumethoden zu verbessern. Bis sie sich entschloß, besonders mit Frauen und Kindern zu arbeiten und ihre Projekte selbständig durchzuführen. Geld gab es dafür nicht. Auch heute arbeitet sie "volountailly".

"Ich bin durch drei oder vier Dörfer hier im Kathmandutal gelaufen, aber ich konnte nicht das Richtige finden", erzählt sie.

"Dann kam ich nach Dharmastali. Die Frauen hatten schon Geld gesammelt, 5 Rupies jede. Ich versuchte Lehrerinnen zu finden, und ab und zu ging ich ins Dorf. Die Frauen fragten immer wieder, wann fangen wir an. Ich dachte, es ist Regenzeit, die Frauen haben dann soviel Arbeit. Aber sie bestanden darauf, sofort anzufangen."

Ratna Dhungel gründete die Organisation 'HANDS'. Eine Gruppe von Frauen hilft Frauen. Diese Institution gibt es nun schon seit 5 Jahren, aber wie Frau Dhungel meint, steht sie noch immer am Anfang. "Das Wichtigste," sagt sie, "ist die Beteiligung der Menschen. Ohne das Selbstengagement der Frauen wäre alle Arbeit nutzlos. Die Frauen müssen selbst herausfinden, was sie brauchen. Sie müssen diskutieren. Nicht wir sagen ihnen, was sie tun sollen, sie selbst müssen es erkennen. Erst dann helfen wir".

Ingrid Decker

80% aller Schulabgänger bleiben ohne Abschluß

Gespräch mit Ram Hari Joshi, Minister für Bildung, Kultur und Tourismus, über Veränderungen in der Bildungspolitik.

Ram Hari Joshi (63) arbeitete 40 Jahre als Lehrer und Sozialarbeiter in seinem, heimatlichen Sarlahi-Distrikt in Südnepal. Allgemeinbildung für arme Dorfbewohner und eine Verbesserung der Lebensverhältnisse der Unberührbaren u.a. hat er sich zur Aufgabe gemacht. Als Sohn eines Großgrundbesitzers konnte er in den 40er Jahren in Benares und Kalkutta studieren, wo er auch Kontakt bekam zu indischen Freiheitskämpfern. Seit der Gründung des Nepali Congress 1947 ist er in dieser Partei aktiv. Als Headmaster seiner von ihm gegründeten Schule in Malangwa wurde er während der Panchayatzeit mehrmals aus "Sicherheitsgründen" verhaftet, die Jahre von 1972-75 hat er ausschließlich im Gefängnis verbracht. Auszüge aus einem Gespräch, das am 13. Dezember 1991 in seiner Residenz in Patan stattfand.

Frage: Nepal hat das koloniale Schulsystem, das die Engländer den Indern aufoktroiert haben, übernommen. Abgesehen davon zeigt das anglo-amerikanische Bildungssystem mit den Privatschulen für die Reichen und "armen" öffentlichen Schulen auch in USA und GB große Mängel auf. Wird Nepal weiterhin dieses System beibehalten?

Joshi: Bisher haben wir keine klare Erziehungspolitik, deshalb haben wir eine Kommission ins Leben gerufen, die National Education Commission, die sich mit der Umgestaltung, angefangen von der Primarschule bis zur Universitätsausbildung, befaßt. Diese Kommission arbeitet noch und es gibt vieles auszuarbeiten, aber soweit sind wir uns einig, daß dieses Erziehungssystem nicht unseren Bedürfnissen entspricht. Wir sind ein Entwicklungsland und Ingenieure und Ärzte sind nicht an der Entwicklungsarbeit beteiligt, da die Art ihrer Ausbildung für unser gegenwärtiges Leben ohne Bedeutung ist. Die Absolventen der Uni bekommen vielleicht eine Arbeit hier, aber in Wahrheit können wir sie nicht gebrauchen. Wir haben Stellen für 100 graduierte Lehrer und Professoren, aber es melden sich 500. So wird die Uni zur Fabrik, die arbeitslose Akademiker produziert. Diese sind eine Gefahr für den Staat, eine Belastung für unsere Gesellschaft, da viele zum Extremismus oder Terrorismus neigen könnten, um sich zu rächen.

Frage: Welche Veränderungen wird es im Curriculum und in der Art der Vermittlung geben?

Joshi: Wir haben diese sehr primitive Art von Erziehung geerbt: der Lehrer geht mit dem Stock in der Hand durch die Klasse und schlägt die Schüler. So werden sie eingeschüchtert und ihre Persönlichkeit

kann sich nicht entwickeln. Die Lehrer wissen nicht, wie man unterrichtet, so benutzen sie Methoden aus dem 18. und 19. Jahrhundert. Also brauchen wir ausgebildete Lehrer. Andererseits ist eine Veränderung der Lehrinhalte notwendig, da dieses dem Wohle der herrschenden Gesellschaftsschicht diene. Geschichte wurde verfälscht. Ich pflegte meinen Schülern zu sagen, daß ich das lebende Beispiel dafür bin, daß dieses und jenes in den Büchern nicht stimmt. Das muß verändert werden; genauso wie diese Kreide-Pädagogik. Ohne neue Methoden, die die Kreativität der Kinder fördern, werden sie keine Freude am Lernen haben. Erziehung ist eine Art Folter und sobald die Glocke läutete rennen die Schüler davon. Wir brauchen Anregungen aus dem Westen, neue Modelle! Die Lehrer sollen Gelegenheit bekommen, ihre eigenen Ideen auszuprobieren, um das Unterrichten fruchtbarer zu gestalten und interessanter für die Schüler. Die Inhalte sollen angepaßt werden an die Bedürfnisse des Landes. Die Dorfbewohner gehen zur Schule, weil sie nichts kostet, aber viele versagen und gehen vorzeitig ab. Ihre Eltern sind arm und können ihnen wenig Aufmerksamkeit schenken. Man kann sagen, daß 80 % der Dorfschüler nicht das School Leaving Certificate bekommen. Wir wollen gerade für die vorzeitigen Schulabgänger, die nicht lesen und schreiben können und in ihr früheres Leben zurückkehren, andere Möglichkeiten bieten als Klassenunterricht. In technischen Schulen sollen sie eine qualifizierte Ausbildung als KFZ-Mechaniker, Schreiner usw. bekommen. In jedem Distrikt müßte es mindestens drei davon geben. So könnten die Absolventen in ihrem Dorf Geld verdienen. Mit dem Schwerpunkt darauf wird das besser sein, als diese Produktion von arbeitslosen Akademikern. Aber es wird Aufruhr geben, denn sie werden sagen, mit welchem Recht kann uns die Regierung eine höhere Ausbildung verweigern? OK, werden wir sagen, studiert, aber ihr werdet arbeitslos sein. Wir wollen sie überzeugen mit Hilfe der Medien und durch Seminare. In der Uni-Ausbildung sollte mehr Auslese und Konkurrenz stattfinden. Gegenwärtig ist das so, wenn ein Absolvent keine Arbeit findet, studiert er weiter und weiter.

Frage: Wird es eine bessere Bezahlung geben für Lehrer, besonders für die, die bereit sind im Dorf zu unterrichten?

Joshi: Ja, das ist auch so ein Problem. Unterrichten ist nicht besonders attraktiv. Die guten Hochschulabsolventen möchten nicht Lehrer werden, sondern lieber Staatsbeamter. Unterrichten ist auch eine Herausforderung und eine zeitintensive Aufgabe. Wir brauchen mehr Leute, die sich dem wirklich widmen wollen. Auch wenn wir ihnen 2000 Rupien im Monat geben, werden sie dadurch kaum enthusiastischer werden in ihrem Beruf.

Unsere Vereinsarbeit

Protokoll der Mitgliederversammlung vom 7.9.1991

Anwesende: entsprechend Anwesenheitsliste
entschuldigt: Sigrid Betzelt, Alexandra Plüschke
Protokoll: Hildegard Möller-Karki

TOP 1: Begrüßung, Wahl des Protokollführers
Karl-Heinz Krämer begrüßt die Anwesenden, eröffnet die Mitgliederversammlung und stellt die Tagesordnungspunkte vor.

TOP 2: Jahresbericht des Vorstandes
Der Jahresbericht wird von Karl-Heinz Krämer vorgetragen. Zusammenfassend berichtete er, daß das vergangene Jahr angefüllt war mit den allgemeinen Formalien des Aufbaus eines Vereins. Unserer Vorsitzender hatte sich darüberhinaus aber von den Mitgliedern mehr Unterstützung und inhaltliche Zusammenarbeit gewünscht. Auch weiterhin sind alle Mitglieder herzlich aufgefordert, die Rundbriefe unseres Vereins als Möglichkeit zu nutzen, Berichte, Informationen und Meinungen zu veröffentlichen. Dies ist gerade im Hinblick auf die große räumliche Entfernung unsrer Mitglieder ein gutes Forum des Gedankenaustausches. Die gegründeten Arbeitskreise konnten ihre Arbeit intensivieren.

TOP 3: Kassenbericht des Schatzmeisters
Der Kassenbericht wurde von Ludwig Debusch an alle Anwesenden verteilt und von ihm vorgetragen. Die finanzielle Lage unseres Vereins sieht zur Zeit sehr gut aus, auch besonders einiger größerer Spenden (siehe Jahresergebnis auf der nachfolgenden Seite).

TOP 4: Bericht der Kassenprüferin
Die Kassenprüferin Radha Bhattarai hat diesen Kassenbericht anhand der ihr vorgelegten Papiere genau geprüft und bestätigt die Richtigkeit der Angaben.

TOP 5: Antrag auf Entlassung des Vorstandes
Norbert Jost stellt entsprechend dieses TOPs den Antrag, den Vorstand zu entlasten. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

TOP 6: Wahl der/des Kassenprüferin/Kassenprüfers
Ram Thapa schlägt als Kassenprüferin für das kommende Jahr Ingrid Decker vor. Diese wird einstimmig gewählt.

TOP 7: Abschließende Abstimmung über das Logo des Vereins

Im letzten Rundbrief wurde ein Vorschlag von Egon Bender diesbezüglich bereits veröffentlicht. Ram Thapa schlägt vor, dieses Logo nunmehr auch ganz offiziell zu nutzen und hier darüber abzustimmen. Über das Design des Logos bestehen keine Unstimmigkeiten. Norbert Jost bringt Kritik an der Formulierung: Human Rights Forum Nepal e. V. unterstützt die Menschenrechtsbewegung in Nepal, da es eine Organisationseinheit der Menschenrechtsbewegung nicht gegeben habe. Stattdessen schlägt er folgenden Zusatz vor: ... unterstützt die Achtung der Menschenrechte in Nepal. Egon Bender wirft ein, daß es seiner Meinung nach schon eine Bewegung gegeben habe, es aber desweiteren die Verwirklichung der Menschenrechte noch ein langer Prozeß sei. Mit der Formulierung Human Rights Forum Nepal e.V. unterstützt die Verwirklichung der Menschenrechte in Nepal können sich alle einverstanden erklären.

Nun herrscht noch einige Unklarheit bezüglich der Übersetzung ins Englische; realisation, implementation. Die korrekte Übersetzung ist; ... supports the realization of human rights in Nepal. Der oben genannte Entwurf (unterstrichen) kommt zu Abstimmung und wird angenommen.

TOP 8: Antrag auf Satzungserweiterung
Egon Bender stellt zur Vorbereitung dieser Satzungsänderung seine Überlegungen in einem kurzen Referat dar und bedient sich auch der visuellen Veranschaulichung anhand ein paar Folien auf dem Over-Head-Projektor (siehe nachfolgende Grafik).



Im Anschluß an diesen Vortrag entwickelt sich eine längere Diskussion, die hier nur stichwortartig wiedergegeben wird.

Egon Bender gibt zu bedenken, daß für ihn eine Satzungsänderung in diesem Sinne mehr als nur Formalismus sei. Vielmehr vermisse es in der Satzung in der bisherigen Formulierung eine Legitimation zum konkreten Handeln in unserem Verein. Es gelte, die Satzung der Realität in Nepal anzupassen. Karl-Heinz Krämer wirft ein, daß sich die Situation in Nepal lediglich in Bezug auf grobe Menschenrechtsverletzungen geändert habe. Norbert Jost gibt zu bedenken, daß die vorliegende Formulierung (siehe Tagesordnung) eine Gefahr der Politisierung der Menschenrechte birge. Egon Bender erläutert desweiteren, daß nach seinem Verständnis die Arbeit einer Menschenrechtsorganisation auch die Unterstützung von Minderheiten sei, sich ihre Menschenrechte zu erkämpfen. Karl-Heinz Krämer erklärt, wie die Anerkennung der Richtlinien unseres Vereins durch das Finanzamt zustande gekommen sei. Hildegard Möller-Karki regt an, die Formulierung der Satzung auch im Hinblick auf die vereinsrechtliche Anerkennung sehr allgemein zu halten, und inhaltliche Ausformulierungen in Form eines Grundsatzprogrammes herauszugeben. Peter Becker meint, auch eine abstrakte Formulierung solle weitgehendst einen Konsens erreichen.

Die Diskussion verläuft kontrovers. Hildegard Möller-Karki regt an, auch aufgrund der fortgeschrittenen Zeit, diesen TOP auf eine evtl. im Februar stattfindende Mitgliederversammlung zu vertagen. Dies gäbe auch die Möglichkeit für alle Mitglieder sich mit dem Punkt Satzung nocheinmal intensivst auseinanderzusetzen. Karl-Heinz Krämer unterstützt diesen Vorschlag, auch um in Hinblick auf den Jahresbericht zu einem vernünftigen Zyklus zu kommen. Ludwig Debuck stellt den Antrag, sich in der nächsten Beiratssitzung mit dem Thema Satzung zu befassen.

Egon Bender ist bereit, den Antrag der Satzungsänderung zu verschieben, gibt aber zu bedenken, daß sich unser Verein bis auf weiteres in einer Art luftleerem Raum befindet, was die inhaltliche Arbeit des Vereins u.U. behindert. Desweiteren haben wir dementsprechend auch keine Möglichkeit, Infopapiere in der Öffentlichkeit zu verteilen.

TOP 9: Sonstiges

Dieser Punkt schließt an den vorhergegangenen an. Hari Karki hat Infoblätter über die Arbeit von HURFON entworfen, um mit diesen an die Öffentlichkeit zu gehen und über unseren Verein zu informieren und weitere Interessierte anzusprechen. Er verteilt einige Exemplare, die er aber lediglich als Vorschlag verstanden wissen will. Er regt an, Interessenten können sich in einer Redaktionssitzung zu-

sammensetzen, sie evtl. noch einmal überarbeiten und in einer endgültigen Form herausbringen.

Lhakpa Krämer fragt nach, ob wir dank unserer guten finanziellen Situation nicht einzelne Projekte unterstützen können. Egon Bender gibt zu bedenken, daß entsprechend Beschluß des Beirates, solche Unterstützung von Projekten durch gesonderte Konten und Werbung laufen sollen. Ludwig Debuck informiert auch anhand von Bildern über ein Schulprojekt in Nepal. Egon Bender schlägt vor, gezielt den Bereich der Menschenrechtsprojekte in Nepal zu unterstützen.

Silke Wolf erzählt von Reaktionen in Nepal auf unseren Verein und fragt nach, ob wir eine Organisation in Nepal unterstützen können, die ein Informationsbüro über Menschenrechte an der Tribhuvanuniversität plant. Sie wird nach ihrer Rückkehr diese Organisation ausführlich vorstellen. Zunächst wird sie grundsätzlich unsere Unterstützung zusagen, wird aber die genauen Vorstellungen aus Nepal erfragen.

Egon Bender regt an, Interessierte in Nepal in unseren Verein eintreten zu lassen. Norbert Jost schlägt vor, daß wir die Mannigfaltigkeit der Menschenrechtsorganisationen in Nepal koordinieren.

Die nächste Beiratssitzung wurde für November festgelegt; die nächste Mitgliederversammlung für Februar 1992 - evtl. in Heidelberg - geplant. Genauere Termine werden noch festgelegt.

Jahresergebnis 1990		
Einnahmen	DM	DM
Beiträge und Spenden	3.467,--	
Gesamtsumme:		3.467,--
Ausgaben		
Herstellungskosten des Rundbriefes	457,--	
Veranstaltungen / Repräsentationen	425,60	
Bürobedarf und Postkosten inkl. Versand	571,45	
Anmeldung und Eintragung ins Vereinsregister	291,40	
Kontoführung POST-GIROAMT ESSEN	22,90	
Zeitschriften Abo.	80,--	
Sonstiges	25,--	
Gesamtsumme:	1.973,35	1.973,35
Vermögensentwicklung zum 31.12.1990		
Kontostand POSTSCHECKKONTO zum 10.07.90 (Kontoeöffnung)		0,00
Einnahmen 1990		3.467,--
Ausgaben 1990		1.973,35
Guthaben zum 31.12.1990		1.493,65

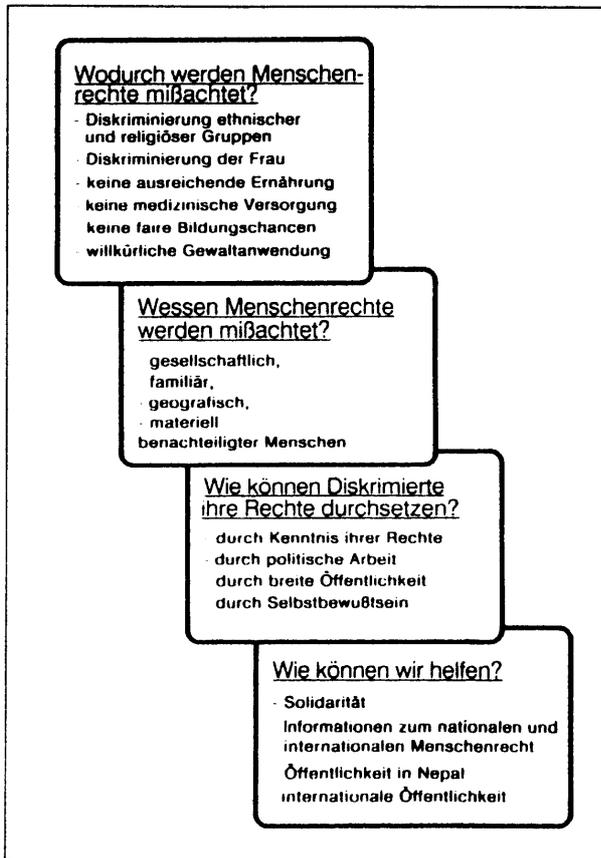
Ludwig Debuck
Schatzmeister

Egon Bender

Solidarität und politische Unterstützung für Menschen in Nepal deren Menschenrechte mißachtet oder bedroht werden

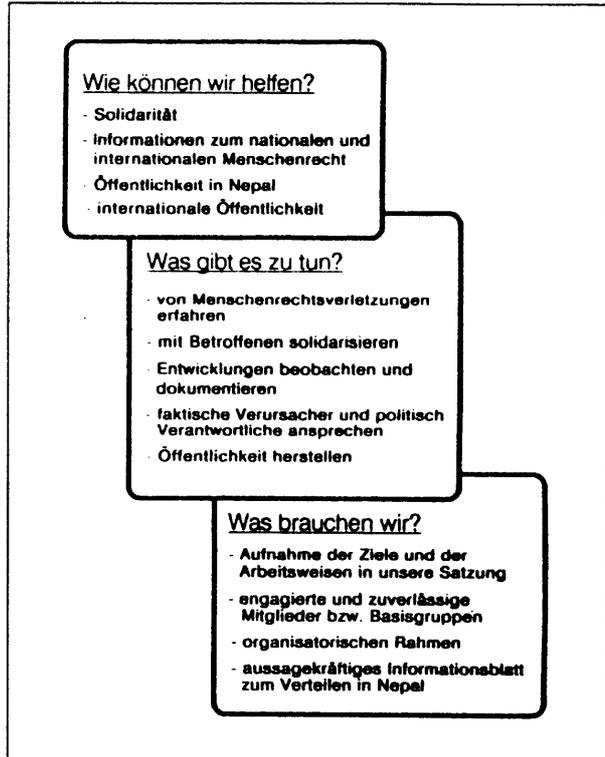
Leider haben nicht alle Mitglieder an der letzten Vollversammlung teilnehmen können und auch einige der auf der Vollversammlung anwesenden mußten noch vor meinem Vortrag die Heimreise antreten. Somit habe ich mich entschlossen, die Vortragsfolien mit einigen erläuternden Hinweisen im Rundbrief abzdrukken.

Die dargestellte Fragekette und die stichwortartigen Antworten verdeutlichen, daß unser Menschenrechtsengagement sich auf die Verbesserung der Rechtssituation der Betroffenen konzentrieren soll.

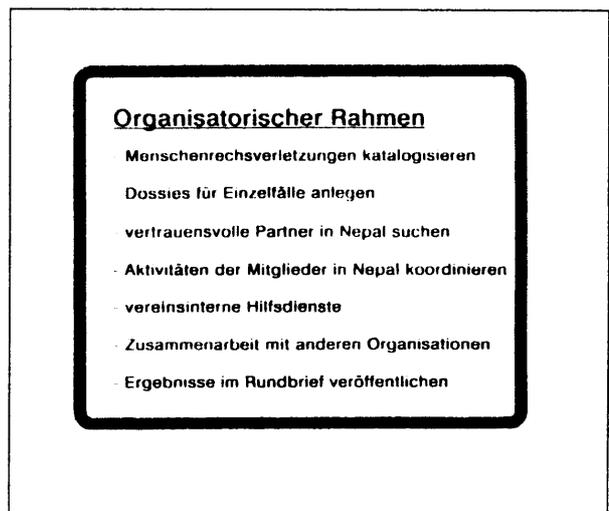


Aufsetzend auf der Frage nach den Möglichkeiten unserer Hilfe wird nun vertiefend gefragt, was real zu tun ist. Hier sollte sich jedes Mitglied angesprochen fühlen, denn das breite Engagement Vieler ist in der Menschenrechtsarbeit erforderlich und kann nicht

durch das größere Engagement von einigen Wenigen ausgeglichen werden.



Für das koordinierte und effektive Zusammenwirken von Menschenrechtsengagement wird ein Minimum an organisatorischen Rahmen benötigt. Dieser Aufgabe sollte sich der Vorstand bzw. Beirat stellen; aber die Unterstützung von engagierten Mitgliedern ist selbstverständlich auch notwendig.



Erfolgreiche Menschenrechtsarbeit lebt von partnerschaftlichen Kontakten und einem gutem Informati-

onsaustausch zu den Betroffenen bzw. den sie vertretenden Organisationen. Ein Informationsblatt zum gezielten Verteilen in Nepal sollte dieses ermöglichen.

Informationsblatt zum Verteilen in Nepal

Inhalt

- kurz vorstellen
- Ziele umreißen
- Interesse an vielseitigen Kontakten bekunden
- Unterstützung konkret anbieten
- erforderliche Informationen auflisten
- Briefkontakt oder persönlichen Kontakt anbieten

Eindruck

- kennen Nepal, lieben Nepal
- unabhängig und uneigennützig
- an keine politische Richtung gebunden
- engagiert, aber nicht aufdringlich
- verantwortungsbewußt und vertrauenswürdig
- sind keine Profis, aber auch keine Deppen

Mitgliedern und zum Knüpfen neuer Kontakte, insbesondere zu den 'new comer' bzw. zu Personen, die es werden wollen.

Sofern es einem Mitglied nicht möglich ist, an beiden Tagen anwesend zu sein, kann es sich ja auch für einen der beiden Tage entscheiden. Hierbei sollte allerdings die Anwesenheit an der Vollversammlung Vorrang haben: Informationen aufnehmen kann man notfalls zu Hause im 'stillen Kämmerlein', diskutieren und Vereinbarungen treffen können wir nur, wenn wir uns zusammenfinden.

Die Vollversammlung am ersten Tag

Nun zum konkreten Ablauf des ersten Veranstaltungstages: der Vormittag wird vorwiegend dem informellen Informationsaustausch und den Vorbereitungen der Veranstaltungen dienen, für den Nachmittag ist die Vollversammlung vorgesehen. Hierbei sollten nicht nur die notwendigen Formalitäten 'abgespult' werden, sondern es geht vielmehr um die konkrete Klärung der Vereinsziele und des hierzu erforderlichen Vorgehens. Hier eine vorläufige Tagesordnung der Vollversammlung:

- Begrüßung
- Jahresbericht, Bericht des Schatzmeisters und des Kassenprüfers
- Kurzreferat: Die aktuelle Menschenrechtssituation in Nepal
- Vorstellung des vom Beirat erarbeiteten Programms des HURFON
- Antrag auf Satzungserweiterung, die für das Verwirklichen des kompletten Programms erforderlich ist
- Vorschläge zu Arbeitsformen und Arbeitsteilung in unserem Verein, Umorganisation des Vorstands
- Entlastung des Vorstands
- Neuwahl des Vorstands
- Neuwahl des Beirates
- diverse Beschlüsse zu unserer zukünftigen Arbeit

Egon Bender

Vollversammlung und Öffentlichkeitsveranstaltung am 7. und 8. März in Heidelberg

"Klärung im Inneren, Wirkung nach Außen", so könnte das Motto unserer Veranstaltung Ende Februar/Anfang März in Heidelberg lauten. Am ersten Tag findet die Vollversammlung statt; diese dient den dringend notwendigen Klärungsprozessen innerhalb des Vereins. Am zweiten Tag soll die Öffentlichkeit auf die Menschenrechtssituation in Nepal und auf unser Engagement zur Verwirklichung der Menschenrecht in Nepal aufmerksam gemacht werden. Vor, zwischen und nach diesen beiden Veranstaltungen bleibt hoffentlich ausreichend Zeit zur Pflege der Kontakte zwischen den

Unser Programm

Der Schwerpunkt der Vollversammlung bildet unser Programm sowie deren Durchführung. Dieses Programm wurde auf der letzten Beiratsversammlung erarbeitet, es soll jedoch in der Vollversammlung endgültig abgeklärt werden. Hier einige Punkte dieses Programms, die bisher noch nicht Bestandteil der Vereinsarbeit waren:

- öffentliche Solidarität und dauerhafte politische Unterstützung der von Menschenrechtsverletzung bedrohten oder betroffenen Menschen in Nepal
- Briefaktionen an deutsche, europäische und internationale Persönlichkeiten bzw. Behörden und Organisationen
- Katalogisieren von Menschenrechtsverletzungen (Wo werden wessen Menschenrechte von wem mißachtet und was wird dagegen unternommen?)
- fachliche Beratung politische Unterstützung sowie in Einzelfällen auch materielle Hilfe für:
- Organisationen, die Aufklärungsarbeit zum Menschenrecht sachlich und uneigennützig durchführen,
- Organisationen, die sich z.B. für Schulbildung, Berufsausbildung, Gesundheitswesen, Frauenrechte, Familienplanung, Umweltschutz, Schutz der Minderheiten, Rechte der Kinder usw. engagieren und hierdurch die Menschenrechtssituation bzw. den Umweltschutz maßgeblich verbessern,
- Organisationen oder Gruppierungen, die sich zur gewaltfreien Abwehr konkret bestehende Verletzungen oder Bedrohungen von Menschenrecht gebildet haben, und sich hierbei auf internationales Recht beziehen.

Das ausgearbeitete Programm wird mit der Einladung zur Vollversammlung zugesendet.

Die Durchführung unseres Programms

Bezüglich der konkreten Durchführung unseres Programmes sei ein offenes Wort gestattet. Die bisherigen Arbeitsformen und das bisherige Engagement der Mitglieder ist nicht ausreichend, das Programm auch nur ansatzweise durchzuführen. Die wenigen Aktiven sind bisher damit ausgelastet, den administrativen Vereinsbetrieb aufrecht zu erhalten und die Mitglieder durch den Rundbrief mit den wichtigsten Informationen über die Geschehnisse in Nepal zu versorgen. Für darüber hinausgehende konkrete Ergebnisse, sowohl in Bezug auf die Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland, als auch in Bezug auf Solidarität und Unterstützung in Richtung Nepal blieb bisher wenig bzw. keine Zeit.

Perspektiven sind erforderlich: das Engagement aller Mitglieder muß aktiviert werden und durch partnerschaftliche und verlässliche Zusammenarbeit zu zielgerichteten Ergebnissen führen. Zwei Ansätze erscheinen zweckdienlich: das Bilden von lokalen

Aktionsgruppen sowie die klare Feststellung der vereinsinternen Arbeitsform und Arbeitsteilung.

Phantastisch wäre es, wenn einige Mitglieder sich schon vor der Vollversammlung zu kleinen oder kleinsten Aktionsgruppen zusammenschließen könnten. In einer kleinen, offen gestalteten Aktionsgruppe ist Menschenrechtsengagement nicht nur effektiver, es macht auch einfach mehr Freude.

"Festlegen der vereinsinternen Arbeitsform und Arbeitsteilung", das hört sich so verdächtig nach Bürokratie an; Ziel ist es jedoch, unsere Vereinsarbeit so aufzuteilen, daß sich jedes Vereinsmitglied entsprechend seinen Interessen und Qualitäten erfolgreich engagieren kann. Gleichzeitig müssen wir unser Engagement koordinieren und abstimmen: hierzu sind dauerhafte vereinsinterne Absprachen zu treffen.

Es bleibt zu hoffen, daß unser Verein durch die Vollversammlung leistungsfähige Arbeitsstrukturen erhält, und hierdurch die Öffentlichkeitsveranstaltung am darauffolgenden Tag keine leeren Versprechungen enthält.

Die Öffentlichkeitsveranstaltung am zweiten Tag

Am zweiten Tag gilt es "nach außen zu wirken". Wir wollen über die Menschenrechtssituation in Nepal berichten, aber auch unser Engagement und die Zielsetzungen unseres Vereins präsentieren. Heidelberg ist hierzu ein lukrativer Ort; schließlich ist Heidelberg der Sitz des Süd-Asien-Instituts und viele Studenten und Professoren in Heidelberg sind an Nepal interessiert. Ziel der Veranstaltung ist es:

- Kompetenz zu zeigen (aber nicht den Eindruck eines 'elitären Clübchens' zu hinterlassen),
- Unabhängigkeit von politischen Ideologien zu demonstrieren (ohne den Eindruck der politischen Konzeptlosigkeit zu hinterlassen),
- zu klären, daß wir zu sachlichem und zielgerichtetem Engagement in der Lage sind (ohne hierbei in Aktionismus zu verfallen),
- die Bereitschaft zu echt partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit den Menschen in Nepal zu zeigen (und unrealistische Hoffnungen auf so etwas wie Dankbarkeit erst gar nicht aufkommen zu lassen),
- zu demonstrieren, daß unsere Form des Menschenrechtsengagement die kulturellen, religiösen und gesellschaftlichen Randbedingungen für die Verwirklichung der Menschenrechte berücksichtigen kann (ohne hierbei die klaren, international definierten Vorstellung von Menschenrecht zu 'verwässern').

Unsere Öffentlichkeitsveranstaltung setzt sich im wesentlichen aus Vorträge bzw. Kurzvorträge, gegebenenfalls einer kleinen Dia-Show sowie einer abschließenden Podiums-Diskussion zusammen. Inhaltlich steht hierbei die Menschenrechtssituation in Nepal, sowie die Bedeutung internationaler Solidarität und Unterstützung zur Verwirklichung der Menschenrechte in Nepal - bzw. unser Beitrag hierzu - im Vordergrund. Die detaillierten Inhalte sind derzeit noch offen, sie werden mit der Einladung bekanntgegeben.

Das erforderliche Engagement für die Öffentlichkeitsveranstaltung

Die zuvor entwickelten Vorstellungen klingen recht positiv, doch sind sie nur realisierbar, wenn alle mit anpacken:

- Vorträge, und wenn es nur ein Drei-Minuten-Vortrag ist, oder auch Teilbeiträge zu Vorträgen sind herzlich willkommen.

- Wir brauchen interessante Bilder, Grafiken oder Texte, die wir im Foyer aufhängen wollen.
- Faltblätter werden verteilt, unsere Rundbriefe, evtl. auch Literatur angeboten und selbstverständlich Fragen zu Nepal gerne beantwortet.
- Wer in der Nähe von Heidelberg wohnt, kann bei diversen Vorbereitungen und bei der Organisation der Übernachtungsmöglichkeiten mitwirken.

Ansprechpartner für das Einbringen von Engagement sind alle Mitglieder des Vorstands bzw. des Beirates.

Reservierung der Unterkünfte

Die Reservierung von Unterkünften unterschiedlicher Preis- und Komfortstufen werden von Silke Wolf (Tel. 06221-10715) und Martina Heike Maier (Tel. 06221-401318) koordiniert. Rechtzeitige Anmeldung wird erbeten.

Aus den Arbeitsgruppen

Ingrid Decker

Analphabetismus und Akademikerarbeitslosigkeit

Anmerkung zu einigen Widersprüchen im nepalischen Bildungs- und Beschäftigungssystem.

Bedenkt man, daß bis 1950 nur die Elite Nepals eine Schule besuchen konnte, so sind die Erfolge der letzten 40 Jahre beeindruckend. Heute gehen offiziell 80 % aller Kinder zwischen 6 und 10 Jahren in eine Primarschule, 12500 gibt es im ganzen Land. 100000 Studenten besuchen gegenwärtig die höheren Bildungsanstalten im Land, wie College, technische Institute und Universität. Der Anteil der Nepalis, die lesen und schreiben können, liegt bei 36 %. Jedoch ist das Himalayakönigreich noch immer weit davon entfernt, ein funktionstüchtiges und effektives Bildungssystem zu haben.

Certifikate sagen wenig aus über die tatsächlichen Qualifikationen des Inhabers/ der Inhaberin und Zahlen verschleiern und beschönigen die Wirklichkeit.

Bei Nepals Studenten (ihr Anteil liegt bei 0,56 % der Bevölkerung) sind die Bewohner des KTM-Tals eindeutig überrepräsentiert und die besten Chancen auf höhere Bildung haben die männlichen Mitglieder der beiden höchsten Kasten.

Trotz vieler Primarschüler ist die Zahl derjenigen, die nach der 10. Klasse das School Leaving Certificate (SLC) bekommen, sehr gering. Viele Eltern sehen keinen Gewinn darin, ihre Kinder überhaupt in die Schule zu schicken, auch wenn es eine in der Nähe gibt. Das ist soweit auch verständlich, da die Schule keinerlei Berufsorientierung anbietet. Ziel der meisten Schul- und Hochschulabsolventen ist ein "Job" in der Administration, da er geregelt Einkommen und Altersversorgung verspricht. Diese "Jobs" jedoch sind fast ausschließlich den Bahuns und Chhetris vorbehalten mit - und das ist besonders wichtig - den richtigen Beziehungen.

Die Zahl der Hochschulabgänger steigt und im gleichen Maße bläht sich die Verwaltung auf. Nur wenige Studenten visieren technische Berufe an, da Handwerk ein Merkmal von niedrigem (Kasten-) Status ist. Es müssen weiterhin, trotz vieler arbeits-

loser Akademiker, Experten für Landwirtschaft, Straßen- und Brückenbau, Umweltschutz usw. mit ihren entsprechenden Entwicklungsprojekten aus dem Ausland kommen.

So ist das derzeitige Bildungssystem für die Entwicklung Nepals eher hinderlich als nützlich zu bezeichnen.

Von den kunstfertigen Licchavis ...

Wer heute das KTM- Tal besucht, ist Zeuge der Kunstfertigkeit und Phantasie von Architekten und Bildhauern der Licchaviezeit (3. - 11. Jahrhundert). Diese Vollendung haben die Handwerker vermutlich in buddhistischen Bildungseinrichtungen erfahren, die vorbildlich waren in Mittelasien. Auch vom hohen Standard von Wissenschaft und Literatur berichten tibetische und chinesische Quellen aus dieser Zeit. Mit der Ankunft von Sankaracharya im 11. Jahrhundert wurde diese blühende Kunst und Wissenschaft zerstört, Schulen geschlossen und Bücher verbrannt. So waren Kunsthandwerke wie z.B. der Ruhende Vishnu von Budhanilkantha, Steinreliefe und Figuren von Changu Narayan jahrhundertlang verschollen. Licchavi-Tempel in Patan z.B. wurden erst in neuerer Zeit wieder aufgebaut.

Die Sankaracharyas waren hochkastige orthodoxe Hindus aus der Gangesebene, die vor islamischen Eroberern geflohen waren. Mit ihnen kam der Shivakult ins Tal. In denen von ihnen eingerichteten Schulen wurde fortan weder handwerkliches Können noch Wissenschaft vermittelt. In den "Gurukuls" waren Sanskrit, die Puranas und religiöse Riten Unterrichtsstoff und dieser ausschließlich den Brahmanenjungen vorbehalten. Als höchstes Ziel dieser Bildung galt ein Abschluß an der Universität von Benares.

Eine geringe Veränderung brachte erst die Rana-Zeit (1847 - 1950). Jung Bahadur Rana gründete eine Schule nach englischem Vorbild, die Durbar-Highschool. Zunächst durften nur Ranas diese Palastschule besuchen, später aber auch die Söhne von höheren Staatsangestellten. Hier wurden Englisch, Geschichte, Mathematik, Geographie, Nepali und Sanskrit unterrichtet und Absolventen konnten auf einen Posten in der Administration hoffen. Als Dev Shumsher Rana 1901 PM wurde, erklärte er im ganzen Land 200 Grundschulen für eröffnet. Eine Maßnahme, die aber schnell zurückgenommen wurde, als sein jüngerer Bruder Chandra Shamsher wenig später das Regiment übernahm. Für die Ausbildung der unteren Verwaltungskräfte richtete man lediglich "Bhasha Pathsalas" ein. 1918 wurde für die Absolventen der Durbar Highschool das erste College gegründet, das Tri Chandra College. Hier konnten Wirtschaft, Physik und Chemie, sowie politische Wissenschaften studiert werden. Die Curricula

kamen aus Indien, und wer einen Universitätsabschluß anstrebt, mußte nach Indien, Europa oder Amerika gehen.

Wer Arzt, Architekt oder Ingenieur werden wollte, mußte schon vorher ausländische Schulen besuchen.

Mit dem Niedergang der Ranas und der Öffnung Nepals zur übrigen Welt, schwoll der Verwaltungsapparat weiter an. Hochschulabsolventen, egal welcher Fachrichtung, bekamen lukrative Posten, und Bildung wurde fortan zur Leiter aufwärts im Gesellschaftsgefüge.

Mit Unterstützung der USA wurde 1954 die National Education Planning Commission ins Leben gerufen, und den folgenden Jahren wurden eine Pädagogische Hochschule, eine Trainingsschule für Lehrer und 1958 die erste Universität, die Tribhuvan Universität (TU) in Kirtipur gegründet. Jedoch diese Einrichtungen entsprachen kaum den wirklichen Bedürfnissen Nepals. Die Kluft zwischen den entwickelten Ländern und auch den asiatischen Nachbarn und dem Königreich vergrößerte sich zusehens. Um dem abzuhelpen erstellte man den National Education System Plan (NESP). Bildung sollte den Bedürfnissen breiter Bevölkerungskreise entsprechen und der Schwerpunkt bei der technischen Ausbildung liegen. Es gab Eingangstest, Semesterplanung und vergleichbare Examensanforderungen. Es wurden Schulen gebaut auch in den entfernten Gegenden des Landes und das Curriculum der Primarstufe vereinheitlicht. Diese Chancengleichheit entwickelte sich bald sehr zum Nachteil der Sprößlinge von Mächtigen und Einflußreichen und in der Folgezeit wurde der NESP immer weiter ausgehöhlt. Hinzukam, daß in der Panchayatkultur dieser Jahre Bildungsziele vermischt wurden mit Indoktrinationen, und daß im Sinne des herrschenden Systems Bekehrungseifer und nicht Fachwissen entscheidend waren für eine Karriere in Politik und Wissenschaft. Vielleicht ist das einer der Gründe, warum so viele hochgebildete Nepalis nach ihrem Auslandsstudium nicht mehr in ihr Heimatland zurückgekehrt sind.

... zur heutigen Bildungsmisere

Wer jemals eine staatliche Primary- oder Secondaryschool in Nepal besichtigt hat, sei es im KTM- Tal, Terai oder Himalayagebiet, hat gesehen in welchem desolaten Zustand sich die meisten befinden. Während Nepalis ihre Häuser und Zimmer reichlich dekorieren und mit Blumen schmücken, bieten Schulen und Klassenräume ein außerordentlich tristes Bild; dunkle Räume, rohe, kahle Wände, Holzbänke mit schmalen Tischen davor, wenn überhaupt, auf denen kaum mehr als ein Buch Platz hat. Es ist keine Ausnahme, daß 60 bis 100 Kinder dichtgedrängt beisammensitzen, eher die Regel. Selbst dem lerneifrigsten Kind wird nach einiger Zeit

die Motivation fehlen in dieser Umgebung. Mal ganz abgesehen vom rigiden Unterrichtsstil der Lehrer, denen ja auch nichts anderes übrigbleibt, und dem geringen Anreiz für kindliche Entfaltung, den das Curriculum bietet.

Gemäß dem angelsächsischen Schulsystem können Kinder bereits mit 3 - 4 Jahren mit dem Schulbesuch beginnen. In der Nursery- und später in den beiden Kindergartenklassen wird bereits lesen und schreiben gelehrt. Falls es die Ausbildung der LehrerIn und die Räumlichkeit erlaubt, kann dabei noch dem Spielbedürfnis der Kleinen nachgegeben werden. Es folgen die Klassen 1 bis 5, Primary-school benannt. Das SLC kann dann nach Abschluß der Sekundarstufe nach der 10. Klasse erworben werden. Die Absolventen haben damit Zugang zum College oder später zur Universität, können aber auch ohne weiteres Training Grundschullehrer werden. Jedoch das magere Gehalt und die ungesicherte Stellung machen diesen Beruf nicht gerade attraktiv.

Da der Standard und das Niveau der staatlichen Schulen nicht sehr hoch sein kann, aus den oben genannten Gründen, bieten teure Privatschulen dem Bildungsambitionismus der zahlungskräftigen Mittel- und Oberschicht eine Alternative an.

Die Lernsituation der Studenten der TU und der angegliederten Colleges (63 staatliche, 78 private) nicht nur im KTM-Tal, sondern auch in Städten wie Biratnagar, Pokhara oder Dhankuta unterscheidet sich kaum von der im Primary- oder Secondary-Level. Der neue Vice-Chancellor der TU Kedar Bhakt Mathema mußte zugeben, daß die meisten Klassenräume wie Kuhställe aussehen. Auch hier überfüllte Hörsäle, da die Zulassungsbeschränkungen nicht eingehalten werden, keine neuere Fachliteratur aus Geldmangel, und auf der alten sammelt sich der Staub; unregelmäßiger Semesterplan, teils von der Regierung unterbrochen, teils durch politische Agitationen der Studenten bedingte Ungerechtigkeiten beim Zugang und beim Abschlußexamen, bei denen mehr der Name des Kandidaten als deren/dessen Qualifikationen zählen und und... Universitätslehrer klagen über die geringe Arbeitsmoral und den dafür hoch entwickelten Opportunismus der Studenten, die Studenten wiederum über die geringe Qualität ihrer Ausbildung. Obwohl 28% des Bildungsetats für die höheren Schulen ausgegeben wird, soll diese Budget gerade reichen für die Bezahlung der Dozenten. Für die Renovierung, Geräte und Literatur, Fortbildung, Auslandsaustausch und praktisches Training gibt es kaum Mittel. Auch nach der Erhöhung der Unterrichtsgelder von 18 auf 40 Rupien pro Monat ist der TU-Besuch immer noch billiger als der einer staatlichen Grundschule. Nur Studenten mit hoher Selbstverantwortung und Arbeitsmoral werden sich das notwendige Wissen auch außerhalb ihres Studiums aneignen und dann hoffen,

daß Qualifikationen entscheidend sind bei ihrer Bewerbung. In die Zukunft denkende Hochschullehrer fordern eine Dezentralisierung des Bildungskolosses TU und einen deutlichen Schwenk von den Geistes- zu den Naturwissenschaften. Denn das Land braucht nicht noch mehr Rechtsanwälte und Politologen, sondern Ärzte, Tierzüchter, Lebensmitteltechnologe, Ingenieure jeder Art, Wald- und Agrarwissenschaftler. 1988 wurde zwar eine Sanskrit-Uni in Dan (Westnepal) gegründet, eine technische gibt es jedoch immer noch nicht. Es ist zu hoffen, daß die private KTM-Uni, die demnächst in Dhulikhel gebaut werden soll, den Schwerpunkt auf die Naturwissenschaften legen wird.

Die Verbesserung der Lebensverhältnisse auf dem Land, wo 97 % aller Nepalis wohnen, hat bisher jede Regierung in ihrem Programm versprochen. Tatsächlich ist auch einiges geschehen, mit und ohne ausländische Hilfe. So findet man in vielen Dörfern auch Schulgebäude, jedoch ist ihr Zustand meist noch beklagenswerter als anderswo. Der Schulbesuch der Kinder ist unregelmäßig, da ihre Arbeitskraft notwendig ist für das Auskommen der Familie. So verlassen die meisten Dorfkinder die Schule ohne SLC.

In der traditionellen Bauernfamilie genauso wie bei den Handwerkern (den unteren Kasten) werden Erfahrung und fachliches Können vom Vater auf den Sohn weitergegeben und die Tochter lernt von der Mutter die Haushaltsführung. Bereits im Alter von etwa 5 Jahren müssen die Kinder den Eltern bei der Arbeit helfen. So wird für eine Familie, die von der Hand in den Mund leben muß, der Schulbesuch nicht nur unmöglich, sondern auch unnötig erscheinen. Solange das Ziel, zwei Mahlzeiten am Tag das ganze Jahr über, nicht erreicht ist, gibt es auch keine Planung und kein Errechnen von Überschüssen, und fürs Lesen und Schreiben fehlt jede Verwendung. In einem Chepang-Dorf im Dhading-Distrikt bot sich mir beim Besuch der Schule folgendes Bild: von den 180 Kindern des Dorfes ging keines regelmäßig zur Schule. Als wir um 12 Uhr Mittags das Gebäude erreichten, war kein einziger Schüler anwesend. 3 Lehrer, aus Nachbardörfern, wurden zwar bezahlt, sind aber praktisch arbeitslos. Erst als wir nach einer halben Stunde die Schule wieder verließen, hatten sich 5 Kinder eingefunden. Vermutlich dachten sie, wir wären von der Regierung.

Zu fragen bleibt, was würde das SLC diesen Söhnen und Töchtern von Subsistenzbauern nützen? Ihre Lebenssituation könnten sie mit den erworbenen Qualifikationen nicht verbessern, und ein "Job" in der Stadt ist unerreichbar für sie.

Als ebenso widersprüchlich erweist sich die Ausbildung der Mädchen. Erfreulich ist zwar, daß immer mehr Eltern aus dem Mittelstand auch Schulbildung

für ihre Töchter als selbstverständlich ansehen, aber vorallem deshalb, weil ein College-Certifikat die Heiratschancen eines Mädchens erheblich verbessert. Kein moderner, junger Mann möchte eine ungebildete Ehefrau, aber das ist lediglich eine Statusfrage. Denn gleichzeitig soll die zukünftige Gattin häuslich und bescheiden sein wie bisher. So erzählte mir die Dozentinnen des Padma Kanya Colleges in KTM, daß die Mehrzahl ihrer Studentinnen weder Ehrgeiz noch Selbstvertrauen besitzen. Ausnahmen sind die Mädchen aus den ethnischen Bevölkerungsgruppen, für die die Zertifikate gleichzeitig Statusgewinn bedeuten. Das Interesse am Fach ist mäßig und die Chance auf eine spätere Anstellung gering, "da Mädchen ja sowieso heiraten". Nur im Lehrerberuf in den unteren Gehaltsgruppen haben sie bessere Aussichten.

Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung sind kennzeichnend für jedes Entwicklungsland. 60 % der Hochschulabsolventen in Nepal finden keine Stellung. Diese akademische Jugend mit ihrer Unzufriedenheit bildet, so befürchten einige Politiker, ein Unruhepotential, das auch der neugewählten Regierung gefährlich werden könnte. Da für die meisten nur ein White-Collar-Job in Frage kommt, aus Gründen des Prestiges, sind ihre Möglichkeiten auf die Verwaltung beschränkt. Andererseits haben es selbst (in Nepal ausgebildete) Ingenieure schwer, eine Anstellung in der Industrie zu bekommen, da ihre Kenntnisse unzureichend und ihre praktischen Erfahrungen gleich null sind.

Eine nichtakademische technisch-handwerkliche Ausbildung existiert nur in Ansätzen, da Handwerksberufe nicht attraktiv sind. Traditionell werden sie von Unberührbaren ausgeführt. So gibt es nur eine geringe Flexibilität bei der Berufswahl: Landwirtschaft, Handel und Polizei werden von einigen ethnischen Gruppen dominiert. Chhetris vorallem verdingen sich in der indischen und britischen Armee oder suchen Arbeit in den Golfstaaten. Der Farmerssohn, wenn er der älteste ist, wird wieder Farmer, genauso wie der Schneider seinen Beruf an den Nachkommen weitergeben wird. Die Bevölkerungsexplosion hat besonders viele Jungen vom Lande gezwungen, sich als billige Arbeitskraft in der Stadt anzubieten. So arbeiten sie sich vom Kansas (Küchenjunge) zum Koch, Kellner oder gar Hotelmanager hoch.

Erwachsenenbildung, Unterricht in Hygiene, Rechtskunde und Medizin, Anleitung und Starthilfe zur Einkommensverbesserung u.a. haben sich die vielen Non Government Organisations (NGO) zur Aufgabe gemacht. Ehe Erwachsene Lesen und Schreiben lernen (wollen), ist es wichtig, ihre ökonomische Situation zu verbessern. Viehzuchtmethoden, der Bau von Bewässerungsanlagen und saisonaler Gemüseanbau z.B. stehen am Anfang um ver-

armte Bauern zu handelnden und planenden Farmern auszubilden. Die Alphabetisierungsprogramme werden durch praktische Bereiche von der Gesundheitsvorsorge bis zur Ausbildung in Handwerksberufen ergänzt.

NGO's wollen von der Regierung unabhängig bleiben, müssen sich aber staatlich registrieren lassen, was während der Panchayatzeit Jahre dauern konnte. Finanzielle Unterstützung gibt es von Privater Seite und/oder von ausländischen Hilfsorganisationen, was große Abhängigkeiten schafft und nicht selten zu Mißverständnissen führt. So kann es vorkommen, daß der Großteil der Gelder, die für ein Projekt zur Verfügung stehen, für die Gehälter der Sozialarbeiter oder noch mehr für das des ausländischen Counterparts ausgegeben wird. Und gar nicht selten erreicht dann der Rest eher die Cleveren als die Bedürftigen. Erfolg ist ausschlaggebend für die Verlängerung des Projekts und manchmal wird deshalb ein bißchen nachgeholfen: So wurden z.B. Dorfbewohner für die Teilnahme am Wählertraining bezahlt. Sie wären sicher auch ohne Honorar gekommen, werden das aber in Zukunft wohl nicht mehr tun. Mal ganz abgesehen davon, daß viele Hilfsleistungen politisch motiviert sind, kommt die Schulung von Verantwortung und Selbständigkeit oft zu kurz. Vielleicht ein Grund dafür, daß Dorfeinrichtungen, die mit gutem Willen und viel Geld entstanden sind, verkommen und unbrauchbar werden.

Demokratie bedeutet für jeden etwas anderes und Nepal ist nicht nur ein Land mit unterschiedlichen Ethnien. Auch scheinen die Bevölkerungsschichten in unterschiedlichen Jahrhunderten zu leben, was es schwer machen wird, ein einheitliches Bildungskonzept zu entwerfen, das diesen Gegebenheiten gerecht wird. Bildung für alle bleibt ein Schlagwort, wenn sie wie in der Vergangenheit der Machterhaltung einer Elite dient, und wenn nur immer wieder von den basic-needs gesprochen wird, aber Strategien und Strukturen fehlen. Eine Gesellschaft kann sich nicht modernen Technologien verschreiben, und gleichzeitig überkommene Gesellschaftsstrukturen erhalten wollen. Im Vordergrund der gegenwärtigen Diskussion stehen nicht die Analphabeten, also die Mehrheit der Bevölkerung, sondern die Gebildeten, die ihren Wünschen Nachdruck verleihen können. Ohne Verlagerung der Schwerpunkte in Richtung Frauenbildung, Einbeziehung der Berufskasten, ohne eine annähernde Gleichwertigkeit von Kopf- und Handarbeitern, ohne qualitativ hochwertige technische Ausbildung wird Nepal noch im nächsten Jahrtausend zu den ärmsten der Armen gehören. Kritische Stimmen behaupten, daß sich auch nach der nepalischen "Wende", der Demokratiebewegung, die "Palastkultur auch noch lange erhalten wird, in der nur die Darsteller, aber nicht das Stück wechselt.

Verschiedenes

Leider sind von den Mitgliedern keine Informationen eingetroffen, die unter der Rubrik "Verschiedenes" eingeordnet werden können. Dabei bietet sich diese Rubrik doch geradezu an für z.B.:

- Hinweise zu leserwerter Literatur,
- kurze Informationen zu engagierten Organisationen in Nepal oder hier in Europa,
- das Publizieren von neuen Ideen oder auch Kritik zu unserer Vereinsarbeit,

- die Suche nach Partnern für das Erarbeiten erstrebenswerter Ziele,
- das Erfragen von speziellen Informationen,
- das Weitergeben von Erfahrungen usw.

Solch kurze Anregungen genügen oft, um innerhalb des Vereins Zusammenarbeit zu initiieren und das Engagement des Vereins hierdurch zu unterstützen bzw. zu erweitern. Wir hoffen auf Zuschriften bzw. Telefonanrufe für unseren nächsten Rundbrief.

Die Redaktion

Redaktionsverantwortung: Egon Bender
unter Mitwirkung von: Karl-Heinz Krämer

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluß der nächsten Ausgabe des Rundbriefes ist der 20. März 1992.

Beiträge engagierter Mitglieder oder Nichtmitglieder zum Thema "Menschenrecht in Nepal" und zur Vereinsarbeit werden dringend erbeten.

Dokumentation

INSEC bulletin, South Asian Exchange, Vol. 1, No.4 Sept. 1991, pp. 2-11

Seite 22 bis 26

INSEC bulletin, South Asian Exchange, Vol. 1, No.5 Nov. 1991, pp. 5-7

Seite 27 und 28

INSEC bulletin, South Asian Exchange, Vol. 1, No.5 Nov. 1991, pp. 12-15

Seite 28 und 29

E + Z, 11/1991, Hrsg. von der Deutschen Stiftung für Internationale
Entwicklungshilfe (DSE), pp 20-21

Seite 30

Bhuanese as a form of mass 'punishment' for having participated in the demonstration. These services remain closed to date" (PFHR Report). These acts, in addition to violating all the Articles of the Universal Declaration enumerated under (4) above, also violate Article 25 (right to health) and Article 26 (right to education) as well as Article 2 (non-discrimination).

6. After October 1990, the southern belt of Bhutan has been declared as a "disturbed" area and is now under the control of the Royal Bhutan Army and security forces. There are reports of widespread and repeated gang rapes by the security forces; of midnight raids, of burning of houses; of looting of valuables. The victim testimonies contained in the INSEC Report* reveal a pattern of barbaric violence directed especially against women to punish them for the acts of male dissident members of their family. A law has been enacted, summarily, depriving not only any dissident of citizenship rights but so, too, all members of the dissident's family. The repeated gang rapes have resulted in several of the women becoming pregnant. The wanton contempt for human dignity is also evident in the behaviour of the security forces who force villagers to carry their own valuables to the camp of the security forces where they are illegally confiscated. It appears that a deliberate reign of terror has been launched by the security forces to intimidate and silence all dissent and to crush all opposition. The victim testimonies reveal not only gross violations of all human rights but sheer contempt for human dignity and humanity. There are reports of entire villages being burned to the ground with the security forces compelling the owners of the houses to light the fires often with their family members still inside and released only at the last minute.

7. As a result, thousands of refugees have fled the country and seek refuge in India and Nepal. Their plight is pitiful. They are hunted down both

his associates "were abducted from Nepal by agents of the government of Bhutan and are now under confinement in Bhuanese prisons" (PFHR Report). This violates Articles 13 (freedom of movement and right to leave and return to one's own country) of the Universal Declaration.

3. The introduction of laws making compulsory "the wearing of national dress at all times"; deleting the Nepalese language from the school curriculum, and banning the practice of the Hindu religion in public places (PFHR Report), violates Article 1 (equality in dignity and rights), Article 2 (non-discrimination), Article 18 (which includes freedom to manifest religion in public or private), Article 26 (right to education including parents' prior right to choose the kind of education that shall be given to their children) and Article 27 (cultural rights) of the Universal Declaration.

4. When, as a reaction to the above discriminatory laws, students and citizens of Southern Bhutan protested peacefully and commenced a human rights movement, the government of Bhutan responded with a wave of arrests, detention without trial and torture in clear contravention of Article 3 (right to life, liberty and security of person), Article 5 (torture), Article 9 (arbitrary arrest and detention), Article 10 (fair hearing), Article 12 (arbitrary interference with privacy and home), Article 19 (freedom of opinion and expression), Article 20 (freedom of assembly and association), and Article 21 (right to participate in government).

5. "During the months of September and October 1990, the public of the southern districts held a series of peaceful rallies to vent their grievances against the excesses of the Royal Government" (PFHR Report). The government officially termed the act as "dissidence" and cracked down on those who had participated in the rallies terminating civil servants without any pension benefit, arresting a number of the participants "Further all schools, hospitals and postal services were closed to Southern

international human rights covenants and conventions that have come into existence since the adoption of the Universal Declaration. Those covenants and conventions set the human rights standards for any civilized member of the world community of nations. Yet it is notable that of the 75 human rights instruments listed in the UNESCO Chart, as of March 31, 1990, Bhutan had signed only one (the Convention on Elimination of all Forms of Discrimination against Women) and had failed to subscribe to any of the Red Cross Conventions.

Below, we roster the factual assertions made in the two Reports on Bhutan and assess their human rights implications:

1. The enactment, since 1985, of a series of "Nationalization" policies and laws which discriminate against the Southern Bhuanese who are primarily a community of Nepali ethnic origin. Such laws violate the non-discrimination provisions contained in Articles 1, 2 and 7 of the Universal Declaration. Further laws insinuating that people of Nepalese origin provide written proof of their citizenship before 1958, are alleged to be tantamount to disenfranchisement of them, given the fact that villagers had "never been granted any document to indicate their citizenship before the initiation of the 1985 policy (PFHRB Report)*. This would amount to a clear violation of Article 15 (right to nationality) and Article 7 (equal protection) of the Universal Declaration.

2. When a delegation of Southern Bhuanese government officials including Teknaath Rizal and a few senior civil servants made a representation to government to review and reconsider the above policies, the act was labelled "high treason" and Mr Rizal was forced to resign his post as a Royal Advisory Councilor and flee the country. This violates Article 19 (freedom of opinion and expression), Article 12 (arbitrary interference with privacy) and Article 10 (right to fair hearing) of the Universal Declaration. Subsequently, Mr Rizal and two of

* The Report was INSEC Report also been published in the book entitled "SOOTHS AT THE HUMAN RIGHTS IN DEVELOPING COUNTRIES".

BHUTAN : BRUTALITY BEYOND BOUNDS, BARBARITY BEYOND BELIEF ?!

- Dr Clarence J. Dias²

I. PREFACE
Recently, two disturbing Reports have been released depicting the human rights situation in Bhutan. The first of these Reports has been prepared by the People's Forum for Human Rights, Bhutan (PFHR) which is made up of Bhuanese citizens forced to flee repression in their own country and human rights in Bhutan. Their Report is truly personal drawing upon their own experiences, their own sufferings and also their own courage and aspirations that will not die. The second Report has been prepared by Informal Sector Service Centre (INSEC), a Nepal NGO which, having played crucial roles in Nepal's own struggles for human rights and democracy, is now devoting its attention and resources to provide vital and much-needed support to PFHR (Bhutan) and the thousands of Bhutan refugees now seeking shelter in Nepal. This note seeks to undertake two tasks:

1. It examines the factual assertions made in the two above mentioned Reports in terms of the norms and standards of international human rights law.
2. It explores roles that the concerned people and human rights NGOs in the SAARC countries can and must play if barbarity is to be banished not only from Bhutan but from the entire SAARC region.

II. BHUTAN AND INTERNATIONAL HUMAN RIGHTS LAW

Bhutan, as a member of the United Nations, is clearly bound to adhere to the Universal Declaration of Human Rights. However, Bhutan has a poor record when it comes to signing, ratifying, and implementing the various

¹ This report is prepared to be presented in "The Proposition on Bhutan" to be held in New Delhi, India, September 27, 1991.
² Presently, International Centre for Law in Development (New York)

BANGLADESH

**INSEC. Co-ordinator
Interrogated at Bangladesh Airport**

On September 15, 1991, Bangladesh police interrogated Mr. Sushil Pyakurel, the Co-ordinator of INSEC, at Bangladesh International Airport. He was returning to Nepal with one copy of a report on Chittagong Hill Tracts "Life is not Ours -- land and human rights in Chittagong Hill Tracts" prepared by Chittagong Hill Tracts Commission, Netherlands. After interrogation of one and a half hour he was set free. The police searched all his baggage and luggage and made photocopy of all papers belonging to him.

On August 31, 1991, the Bangladesh police had also interrogated Mr. S.M. Shaheedullah, member of Bangladesh Nagarik (Citizens) Committee, regarding the reprinting of the above-mentioned book. Police seized 100 copies of the book from his room and 860 copies from the press and binding shop including the printing materials and dummies.

It is to be noted that the Group Meeting on "Protection and Promotion of Human Rights in Exceptionally Difficult Circumstances" has defined the Chittagong Hill Tracts as "Exceptionally Difficult Circumstances".

NEPAL

NO RIGHT TO ASSOCIATION ?

After the dawn of democracy in Nepal in 1990 many trade union and professional organisation started to emerge. The civil servants also formed their organisation: "Nepal Civil Servants' Organisation (NCSO) ad hoc Committee. The Committee in the beginning was mainly concentrated on registering the organisation. It presented its statutes before the interim

(d) organize demonstrations and protests which will bear eloquent testimony to the fact that despite all odds, the SAARC people will exercise their own freedom of expression to rise to the defense of those whose freedoms are in peril;

(e) devise appropriate action strategies and action campaigns to support the struggles of the Bhutanese people for human rights and genuine democracy.

5. We need to work together to evolve and implement concrete strategies aimed at:

6. creating pressure on the Bhutanese authorities to halt human rights violations and abate the atrocities being perpetrated by the Bhutanese forces;

(b) securing the release of the detainees and the cessation of torture;

(c) protecting the properties of Bhutanese now in exile;

(d) securing the reopening of schools and hospitals and the resumption of health services and supplies of essential commodities in Southern Bhutan;

(e) utilizing existing mechanism within the UN human rights system to demand that the Bhutan government respect the UN Charter and the Universal Declaration of Human Rights; comply with all the standards of international human rights law; desist immediately from genocidal violence directed against a specific ethnic community in Bhutan, and repeal all of its racial and ethnically discriminatory policies, laws and practices.

The future of Bhutan may well portend the future of all peoples of the SAARC. It therefore behooves us all to make common cause and "go not readily into the night -- but rage against the dying of the light".

thousands of Bhutanese refugees, we will be denying ourselves the most basic of all human rights -- the right to be human.

At an urgent minimum, we the people of the SAARC region acting individually, collectively and through our own human rights and other NGOs need to embark on a number of activities.

1. We need to contribute to and help facilitate immediate and effective relief and rehabilitation for the Bhutanese refugees in our countries. We need humanitarian initiatives both to ensure their physical security and integrity and their material well-being.

2. Our constitutional experts and human rights lawyers need to undertake a critical review of Bhutan's constitutions and laws in terms of their compliance with the standards of international human rights law. We cannot allow the "rule of law" to degenerate into the absolute and autocratic "Law of the Ruler" in Bhutan and indeed in our own countries as well.

3. We need to mount a SAARC fact-finding mission which can visit Bhutan as well as the refugee camps. Access to Southern Bhutan is likely to prove to be very difficult if not impossible. But the effort must be made.

4. We need to organize in each of our countries, a series of public meetings to:

(a) inform our people of the situation in Bhutan;

(b) generate public sympathy and support and to raise the financial and human resources needed for effective relief and rehabilitation programs for the Bhutan refugees;

(c) petition our own governments to mediate and intervene in the most constructive way possible, or at the very least to refrain from providing encouragement and support to those perpetrating barbarity in Southern Bhutan;

by the police of the country and by the Bhutan army. At least on instance has been recorded of some 810 refugees being forcibly returned from Assam and delivered into the hands of the Bhutanese army. This act not only violates well-established principles of international law but also violates the terms of the Indo-Bhutan treaty. The most urgent requirements is for funds to purchase food and medicines, the absence of which will lead to starvation and death in the refugee camps.

8. Meanwhile, the atrocities go unabated in Southern Bhutan and refugee toll in Nepal is expected to rise from 3,000 to 10,000 in the very near future. Blatant racial discrimination continues in South Bhutan where all development activities have been suspended in the last year; supplies of necessities like salt and cooking oil are being controlled. Income of businesses in the South who sold produce to Third World countries through the State trading agency have been blocked. All grants and scholarships for South Bhutanese students and officials attending schools and seminars abroad have been cancelled. No independent media is allowed access to the area so the atrocities go unreported. Instead, the official newspaper publishes all atrocities to anti-national terrorists. They claim that several security force members have been killed by the terrorists. But so far they have not been able to release a single name of those alleged killed.

III. TOWARDS A SAARC PEOPLES RESPONSE

Bhutan, as a member of the United Nations, the Non-Aligned Movement, and the SAARC, cannot evade its responsibilities. Moreover, what happens in Bhutan is of deep and abiding concern to the peoples of all the SAARC countries. If barbarity is allowed to continue unabated in Bhutan, we will be inviting similar barbarity in our own countries and genocidal violence against our own ethnic minorities. If we turn a blind eye to the desperate plight of

detained under the Public (Crime and Punishment) Act.

Place of arrest/ Situation

Arrested Number

District Administration Office/ while staging peaceful protest (Salyagraha) 55

General Administration Ministry/ while staging peaceful protest (Salyagraha) 57

Home Ministry/while working in the office rooms with black strips on their arms 7

While to and from office or during holiday time or staying at houses (before or after office hours) 6

The Public (Crime and Punishment) Act (19/11) is intended to control and punish certain acts which disturbs public life. Such illegal acts are public wrongs or offence for which a punishment of five months imprisonment or a sum of Rs 500 or both is prescribed for the first time and the punishments would be more than double for every such crime committed again. Such are the cognizable crime and His Majesty's Government becomes the prosecutor as well as the judge. The Chief District Officer (CDO) of HMG would hear the case and the police with public prosecutor investigates and institutes the case before him. The decision is liable to appeal in a court of appeal.

The public crimes are defined in the Act as use of abusive language to another, physical assault, disturbing the peace in public place, creating disturbances in post offices, communications, electricity and the like services, trespass the

opposition parties, human rights organisations and members of parliament representing different political parties asked the government to sit-down with the central office bearers of NCSO. But, the government turned a deaf ear. When Situation began to worsen, then the government announced for negotiation. By that time many civil servants were detained, even death of Mr Manoj Joshi occurred in Khotang. (See Report on Khotang Bullet Incident). Almost all the civil servants were alleged with false charges. On July 31, 1991, the representatives of Amnesty International Ms Kaic Hampson and the representative of Article 19 Ms Sandra Coliver visited District Police office and met with some of the detainees.

When the government initiated dialogue with NCSO, it was still hostile against the civil servants. NCSO had started their agitation from June 30, 1991, and adjourned it on August 24 evening considering the inconvenience caused to people and accusing the government acts as undemocratic.

After the unilateral adjourning of the agitation by the NCSO, the government released civil servants on bail. As Amnesty International pointed out "...there is the possibility that false statements wrongly implicating them in the use of violence could be used against them..." Many civil servants are still in the jail of Khotang, because the day when Mr Joshi died of a bullet firing by the police, civil servants were together with Joshi on demonstration.

As Amnesty International showed concern stating "...some of the detainees may be tried and sentenced as criminals solely for the peaceful exercise of their rights to freedom of association, expression and peaceful protest...". INSEC gathered the following information on arrested civil servants only in Kathmandu. All the following civil servants were arrested and

b. take suitable necessary action against corrupt officials as well as those officials who were involved in suppressing the pro-democracy mass movement.

The Commission presented its report after 2 months.

According to the agreement reached between the NCSO and the government, the demand for increase in salary was to be fulfilled by April 15, 1991 and the rest by July 17, 1991.

But, the government did not fulfil these demands by April 15, 1991. Regarding this, the NCSO representatives met with the then Prime Minister K.P. Bhattarai and apprised him of the situation. But, there was no response. Then, the NCSO gave an ultimatum of April 23, 1991 as deadline to fulfil their demands, otherwise they would launch their protest programme. However, considering the forthcoming general election of May 12, 1991, after 30 years of tyranny, the NCSO suspended its protest programmes.

With the formation of the newly elected government after the election of May 1991, people were expecting a better understanding between the government and trade unions. Following the fall of the partyless Panchayat system, many trade unions and mass organisations came up and raised voice for their rights. Similarly, Nepal Civil Servants' Organisation (NCSO) started a campaign for higher wages and benefits, and according to the agreement reached between the interim government and NCSO, and once recognised and registered (during the time of the interim government), NCSO asked the government for negotiation. When the members of NCSO approached ministries in order to explain the aims of the NCSO, the government began to arrest them. Since then, NCSO had escalated its protest. The government responded with suspension and dismissal of civil servants. The

government for registration. But the government issued a notice prohibiting the government employees to be organised. The decision of the government was widely protested by civil servants. Then, the government was compelled to withdraw its decision.

The first national meeting of the NCSO ad hoc Committee brought forward two demands: increment of salary, allowance and other benefits as immediate relief and registration of the organisation. They also launched protest programme to pressure the government. Regarding the constitutional turmoil, the government assured to fulfil their demands after 15 days of the promulgation of the new constitution.

The Nepal Civil Servants' Organisation (NCSO) was registered on November 4, 1990 (Regd. No. 109/047/048), under National Directive Act, 1961, but their other demands were not fulfilled as assured by the government. Again, the NCSO launched protest programme. Then, the government was compelled to hold talks with NCSO representatives on December 5, 1990. The then Ministers Jhala Nath Khanal and Man Bahadur Jhala Shakya were present at the meeting as the representatives of the government and Messrs Hari P. Upreti, Ananta Raj Dumre, Mohan Bahadur K.C., Prem Prasad Dangal, Bhup Raj Rai and Bala Krishna Giri, the then members, were present as the representatives of the NCSO.

The meeting reached at a conclusion that the government would, as soon as possible,

a. form a Commission to study and prepare a report within 2 months and submit to the government, regarding civil servants' salary and other benefits (such as leaves, health care allowances, travel allowance, provident fund, salary increment, insurance, etc.), and

FACT FINDING MISSION

Khotang Bullet Incident

Name: Manoj Joshi; Age: 19
Birth Place/District: Diktel, Khotang
Sex: M
Religion: 704 / Hindu
Occupation: N / Student
Affiliation: ANNFUSU
Current Status: Dead:19910731



Manoj Joshi

After the formation of Nepali Congress government, incidents like killing, shooting, etc. are increasing. In this connection, police resorted to firing in Khotang on peaceful demonstrators leaving one person dead and other injured. The people were demonstrating peacefully in support of the civil servants' movement which was announced by NCSO. The details of the victims are given below. The statement of the government regarding the bullet incident of Khotang is also given below:

Home Minister's Clarification on Khotang Incident :- The processionist turned towards the CDO office when they could not find

government or private houses, damage to the public or individual property, molestation of women in public places, gherao or obstacles or attack on somebody who is travelling or sitting, with the intent of harassing, and damaging the property or vehicle of such person and the like. Any body can claim or inform the police of such activity. The police may arrest without warrant if the accused is found in the place of the crime. In other instances the Sub-Inspector of Police may issue warrants and arrest the accused.

This Act was enacted in Panchayat period to suppress the opponents of the system. The same law is there today without any improvement and without any amendment. The elected government is using the same law today to harass the protesters who are fighting for their genuine causes and legal rights and interests. The present government has registered cases in the office of CDO against the civil servants who are fighting to raise the pay scale so as to fulfil the bare necessities of their life.

Amnesty International Concerns

- a. There are apparently inadequate legal safeguards for these detainees, some of whom have been in administrative detention for several weeks without being able to challenge the grounds for their arrest and without any possibility of judicial review.
- b. That some of the detainees may be tried and sentenced as criminals solely for the peaceful exercise of their rights to freedom of association, expression and peaceful protest.
- c. That there is the possibility that false accusations, wrongly implicating them in the use of violence, could be used against them.
- d. Several of the detainees, including seven reportedly on hunger strike, are in poor health and in need of medical attention.

the DSP there. They attempted to break into the CDO office premises ignoring the request of the police not to do so. The police had to fire tear gas shells and use lathis. Some rounds of blank shots were fired to bring the situation under control.

Some agitating persons carrying lethal weapons tried to snatch rifles and dragged five employees on duty out of the office and forced them to tie red band in their eyes and gave them grass to eat. The police had to fire two blank shots to rescue the victims.

The police had to fire two shots when some screams broke the curfew imposed by the local administration to maintain law and order in the evening....The local administration had been directed to provide Re 25,000 (US\$ 1 = Rs. 43) to the family of the deceased.

[The Rising Nepal (government owned English daily), August 2, 1991]



Manoj Joshi: Dead

Fact Finding Mission of Nepali Congress

In connection with the Khotang bullet incident, on the orders of Prime Minister and Home Minister, Nepali Congress (ruling party) National Council member Mr Bidur Prasad Poudel and Congress candidate from Khotang, Mr Koshal Raj Regmi went to Khotang for a spot investigation on August 3, 1991. They have prepared a report which is the same as that of Home Minister's clarification. Their reports quoted Khotang employees organisation chairman and employees movement leader Mr Narayan Prasad Joshi (father of deceased Mr Manoj Joshi) as saying that their organisation had been politicized by the CPN (UML).

What Mr Narayan Prasad Joshi is Saying ?

Now, Mr Narayan Prasad Joshi, father of late Manoj Joshi, is in Kathmandu and seeking of impartial investigation into his son's murder.



Father of the deceased Manoj Joshi

INSEC ACTIVITIES

REGIONAL TRAINING WORKSHOP ON HUMAN RIGHTS INFORMATION HANDLING AND DOCUMENTATION

The 7-day long (April 18-24, 1991) training workshop on Human Rights Information Handling and Documentation was organized by the Informal Sector Service Centre (INSEC) and Human Rights Documentation Systems International, HURIDOCs, in order to train the participants in the use of tools which they can use in their work.

The course was attended by twenty two participants representing fourteen human rights organizations from Asian Countries.

GROUP MEETING ON "PROTECTION AND PROMOTION OF HUMAN RIGHTS IN EXCEPTIONALLY DIFFICULT CIRCUMSTANCES"

Considering the increasing human rights violation in South Asia and human rights in exceptionally difficult circumstances in particular areas, INSEC organised to bring immediate action and solution to this issue, a Group Meeting on "Protection and Promotion of Human Rights in Exceptionally Difficult Circumstances", August 24-25, 1991, in Kathmandu, Nepal, in collaboration with Asian Cultural Forum on Development with Asian Thailand, and International Centre for Law in Development (ICLD), USA.

The representatives of Human and Civil Rights Organisations from SAARC countries -- India, Pakistan, Bangladesh, Nepal, Sri Lanka and Bhutan -- held a two-day seminar here in Kathmandu, Nepal on "Protection and Promotion

National Conference of HURON where he was elected as chairman unopposed.

According to the new formation, the committee consists of Ms Parijat, Birendra K Pokhrel and Kapil Shrestha (vice-chairmen), Prakash Chandra Joshi and Dr Rajendra Gautam (general secretaries) and Devi Jung Gurung (treasurer). The HURON has also allowed to form its sub-committees in 42 districts and is likely to permit to form in other districts too.

INHURED Organised Conference

Recently, Institute for Human Rights, Environment and Development (INHURED) organised the "First International Conference on Human Rights Law-Making and Transition to Democracy", July 29-31, 1991, in Kathmandu, Nepal. The Conference was attended by participants from 20 different countries

100 Days of Elected Government : From Human Rights Perspective

The elected government has completed one hundred days in power on September 5, 1991. During this period, 2 persons were killed by police firing; 4 persons were killed conspiratorially; fires were opened, tear-gas and lathi-charges were made in so many places; price of essential goods has gone up by 50 percent (in average). Similarly, according to ICSO, more than 5000 employees were asked for clarification, 2000 suspended, 150 sacked, so many were arrested and 2500 charged with false cases. Likewise, according to Mr Khadga Oli, member of parliament, hundreds of political opponents have been arrested and warranted under false charges. Besides, one person in Khotang has been charged with 5 different false cases in connection with the bullet incident.

who were staging their pre-announced sit-in programme. Then, when the students knew this incident, they became agitated and started throwing stones on police. Slowly, the police left the place. But, suddenly, 4 policemen resorted to firing. Mr Manoj Joshi was killed on the spot, the Helipad, by firing. The report further adds that there was no prior warning before shooting. The police did not warn the mass by opening blank firing and firing of tear-gas before shooting Mr Joshi. Mr Joshi was shot dead by first bullet firing. According to the spectators Mr Joshi was about to run away when police directly pointed guns at them. Even the Chief District Officer Mr Bholu Silwal said that though the police had fired tear-gas, it did not explode because it was dead.

So far the other incidents such as "5 officials given grass to eat by agitated mass" are concerned, all these incidents occurred after the bullet incident when Mr Joshi was killed. It is said that those 5 officials were charged by the mass as instigating the Chief District Officer for repression for a few days.

On the one hand the government through its mass media is propagating and giving false report and violating the rights of people to be informed and, on the other, it is providing Rs 25,000 (US\$ 1 = Rs 43) to the families of the deceased as financial assistance.

NEWS

HURON: Executive Reshuffle

According to the statutes of Human Rights Organisation of Nepal (HURON), its chairman Rishikesh Shah has formed a new central executive committee. He was assigned the responsibility to form the committee by the last

On August 19, 1991, he came to Kathmandu by plane. Police went at Tribhuvan International Airport to arrest him. Fortunately he escaped the arrest.

Giving an interview to a leading weekly newspaper, Chhappal, in Kathmandu, he said, "During civil servants' agitation my son was killed by police. I feel pity over the undemocratic activities of elected government that the government, quoting the report of National Council member from Nepali Congress Mr Bidur Poudel, propagated false report through its mass media. More than that, the murder of my son was undemocratically politicized by the government. At least, the government would have held an impartial investigation. What kind of injustice there can be when a father, who is coming to Kathmandu to seek impartial investigation into the murder of his son, was about to be arrested?"

Another Fact Finding Mission

Regarding this bullet incident Mr Sushil Pyakurel, Co-ordinator of INSEC and central committee member of FOPHUR, visited the spot along with Jamuna Shrestha, social worker, and have prepared an on-the-spot investigation report.

The report mentions that: On July 31, 1991, about 50-60 students organised a peaceful procession (at 10:30 am) demanding the release of two civil servants who were arrested in the morning (at 7:10 am) the same day. The procession through Diktel bazaar reached at Administrative Building. When some police informed the students about the Administrative Building area as restricted area, the students left that area and gathered at the nearby Helipad.

After a few minutes, police lathi-charged on the civil servants, without any prior information,

BHUTAN

STATE TERRORISM IN BHUTAN BACKGROUND

Bhutan, a relatively small country in South Asian Region, is one of the countries in the world which has a state religion, Tantric Mahayana sect of Buddhism. Long time a peaceful country nowadays appears in news media as a human rights violator. Bhutan, a mosaic of different religions, consists of major two religious groups -- Hindus and Buddhists including Christians and Muslims. A country in between Tibet (China) and India, Bhutan has a sovereign country status in the United Nations, but it is bound to take advice from India regarding the foreign affairs. It is said that government is very much strict to preserve its culture and religion. Because of this one cannot see even a television antenna in Bhutan and despite of tourist desire to see this country, very strict rules and regulations have been imposed for the tourist. Bhutan receives only 2500 tourists a year from abroad.

Bhutan, with a population of six hundred thousands consists of Nepali origin people in majority. SARKCHOPS and NGALUNGS ethnic groups. SARKCHOPS and NGALUNGS historically arrived from Tibet and Nepali-speaking people from Nepal and north east part of India. Even Adivasi and Behari can be found in a thin majority. But ruling class is from Ngalungs, i.e. King belongs to Ngalungs ethnic group.

The turmoil in Bhutan began because of its citizenship act of 1985. Since a long time people were living in harmony. There was not a single event as ethnic conflict. But after the enactment of Citizenship Act of 1985, which has retrospective effect, whereby December 31, 1958 fixed as the cut off date, was amended to fix the cut-off date as June 10, 1985, the date of act coming into force. Since the enactment of this provision people became frightened and in the census especially Southern Bhutanese were asked from census

teams trying to classify them into various categories. According to People's Forum for Human Rights chairman Mr. T.N. Rizal "In many instances citizenship identity cards already issued have been confiscated or withdrawn".

Most of the Southern Bhutanese have Hindu culture and have relation with Indians and Nepalese. But after the 1985 Citizenship Act the children born to Bhutanese fathers before 1985 are considered as stateless. Because Bhutanese citizenship act does not provide a Bhutanese male who marry with Indian or Nepali female can have the right to Bhutanese citizenship.

On the question of citizenship Act 1985, the members of Royal Advisory Council Mr. Tek Nath Rizal and B.P. Bhandari appealed to the King asking justice on April 9, 1988.

Then Bhutan People's Party (BPP) also demands for constitutional monarchy, reform in the judiciary, amendment to the citizenship act, freedom of religion, freedom of press, speech and expression, freedom of formation of unions and political parties. To gather support BPP organised a peaceful demonstration on September 19, 1990 in different parts of the country such as Sanehi, Sibso, Chengmari, Pagli, Phuntsooling, Chukha, Kalkhola, Chirang, Sarhang, Gateyphung, Samdrusokhar, Samrang, Bhangar and Dielam. The Royal Government of Bhutan resorted to bullet solution to the peaceful rallies. Many demonstrators were arrested.

Since then a turmoil has been created in Bhutan and the government is ruthlessly suppressing the people of Southern part as they all were working with BPP. In Bhutan political parties are banned.

REFUGES
The atrocities committed by Bhutanese Army and police forced innocent Bhutanese citizens to leave their motherland and to take shelter either in India or Nepal. But Bhutan has an

Age Group	Female	Male
0-1	121	117
2-5	321	302
6-12	466	479
13-19	346	342
20-29	369	429
30-39	219	255
40-49	121	156
50-59	106	132
60 +	75	102

Total 2144 - 2314 = 4458 + 700 = 5158
It is estimated that more than 700 refugees are currently living at Kankai Refugee Camp, Jhapa, Nepal. But it has not been documented completely yet.

Role of Nepalese Government
His Majesty's Government of Nepal recognizes unfortunate Bhutanese people arriving in Nepal as refugees, the government even gave political asylum to the six Bhutanese officers who fled Bhutan and took shelter in Nepal. Even Prime Minister Girija Prasad Koirala had said, "The Nepali Congress government has moral support and sympathy towards the ongoing movement for the cause of democracy and human rights in Bhutan". Regarding the Bhutanese refugees, PM had said, "talks are under-way with the UNHCR and the efforts are being made to involve NGOs in the work". But, Government of Nepal is not providing any assistance to these refugees financially and with food stuffs. Local people helped these refugees, but even for the local people it is too difficult to provide all assistance for a long time. However, some NGOs and INGOs are providing assistance with their full capacity.

POLITICAL PRISONERS
The atrocities committed by the Bhutan Government has reached at extreme point. The state is ruled by "law of ruler" rather than "rule of law". The innocent people have been and are being arrested without any charge. The arbitrary arrest is continuing. According

agreement of 1949 with India which categorically states "The Government of India shall, on demand being duly made in writing by the Government of Bhutan, take proceedings in accordance with the provisions of the Indian Extradition Act, 1903 for the surrender of all Bhutanese subjects accused of any of the crimes specified in the first schedule of the said Act who may take refuge in Indian territory."

Because of the above mentioned act Assam Government handed over the Bhutanese refugees to the Government of Bhutan. Therefore, it is very difficult for the Bhutanese to set up refugee camps in India and on the other hand Indian government can not consider Bhutanese as refugee because of its obligation with the treaty of 1949 which states "The Government of India and the Government of Bhutan agree that Bhutanese subjects residing in Indian territories shall have equal justice with Indian subjects, and the Indian subjects residing in Bhutan shall have equal justice with the subjects of Government of Bhutan".

So in India there is no such specific camps, but many Bhutanese are taking shelter in different villages and working there as domestic servants. The exact figure is not known, but BPP and People's Forum for Human Rights, Bhutan, are estimating fifteen thousand.

In Nepal, Human Rights Organisation of Bhutan (HUROB) has documented 4,458 in one refugee camp at Maidhar of Jhapa district, Mechi zone. In Kankai Refugee Camps, the refugees are about 700. But the refugees are in different villages and their number is about eight thousand. The detail, recorded so far, is as follows:

Name of the Camp : Bhutanese Refugee Camp, Maidhar, Jhapa, Mechi zone.
Last Updated Date: October 29, 1991

to HUROB, so far the information is available, it has documented a list of 641 political prisoners upto October 29, 1991. In further reports that some of the prisoners were found dead in police custody.

KILLING

Killing of Bhutanese dissidents by Bhutan Government has become as a daily phenomenon. Since the starting of the movement, the death cases of 34 persons have been documented. All the victims were killed either due to extreme torture or bullet firing or gang rape. Some of them were killed in police custody.

No. of Victims : 34 (Female : 7, Male : 27)
Cause of Death : Torture, Bullet Firing, Gang Rape.
Killed by: Bhutan Army/Police, Government Interrogation Team, Militant

ABDUCTION

Upto date October 29, 1991, as HUROB recorded, 40 Bhutanese dissidents have been abducted by the Royal Government of Bhutan from outside Bhutanese territory. Of them, 3 persons were abducted from Nepal (with the help of Nepalese police during Panchayat regime). Rest of them were abducted by Bhutan Army either from Assam and West Bengal (India) or handed over to Bhutan Army by Assam Police.

NEPAL

NO IMPROVEMENT ON CIVIL SERVANTS ISSUE ?

Details of the employees' agitation has been published in INSEC bulletin, Vol 1 No. 4, September 1991

Though Nepal Civil Servants Organisation (NCSO) adjourned its nearly 3-month long agitation on August 24, 1991, the government has not yet withdrawn all cases and charges imposed on civil servants. Neither the sacked employees were reinstated nor the suspended employees were allowed to work at offices.

Instead of solving this issue democratically, the government is taking action on civil servants continuously. Recently, after the adjourning of agitation by NCSO, the government has issued an order to all district

BLACK LAWS

During Panchayat system Public Security Act (Peace and Security Act) (PSA) was widely known as Black Act. The then government mostly used this Act against political dissidents. Human Rights Organisations from various corners of the world showed their concern to this Act. After the people's movement the new interim democratic government amended this Act and, now, the elected government is not using this Act to the political dissidents especially.

The Panchayat government enacted many laws to curb the political activities of political dissidents. Among those laws "Some Public Crime and Punishment Act 2027" is also well known. This is also a criminal case and His Majesty's Government becomes the prosecutor of the cases suited under this Act. The police or the public prosecutor suits a case before the Chief District Officer (CDO) after having necessary investigation. This Act has given the right to the CDO to hear the case until the case is finalised.

The Some Public Crime and Punishment Act 2027 is intended to control and punish certain acts which disturbs public life. Such illegal acts are public wrongs or offence for which a punishment of five months imprisonment or a sum of Rs 500 or both is prescribed for the first time and the punishments would be more than double for every such crime committed again.

An organisation called Forum for Democracy and National Unity (FODENU) analyses how this Act was implemented during Panchayat system. It states in a book entitled *Human Rights and Nepal* "Many false cases are filed against people throughout the country in the name of public crime and punishment Act 1970. The trend of filing such cases against those who differ in opinion with the government and those who speak against injustice has been increasing. This Act has been misused against labourers who raise their voice against the injustice committed by their employers and students who protest against

the authorities of University and present their demands before them. This act has become an administrative tool to suppress voices of dissent. More than 50 students, labourers were charged with using abusive languages in the public places when they spoke against contaminated milk and water and cases, under the public crimes Act have been filed against them. This is a glaring example of the misuse of the Act.

The voice against the misuse of the act has been growing from everywhere. The authority of hearing such cases given to the administrators has shown very bad result. Legal practitioners say that such Acts should be amended and the authority of hearing and finalizing these cases should be given only to the court. Many resolutions have been passed in various meetings, seminars and conventions demanding either abolition of or amendment to such acts.

After the downfall of Panchayat system and the advent of the democratic government, the HMG is still practising this law in a same manner. Recently, a peaceful agitation was launched by the Nepal Civil Servants Organisation (NCSO) for some of their professional demands. HMG/Nepal everywhere took action under this Act. About more than 1000 employees in different districts are facing the action. This charge has been imposed to the political cadres of opposition parties as well. In this connection, Informal Sector Service Centre (INSEC) gathered such cases from different districts. For instance, in Dhanusha district alone, 105 persons are facing trial under this Act. The persons charged under this Act are from opposition parties.

Regarding this Some Public Crime and Punishment Act 2027, INSEC has submitted on November 21, 1991, a memorandum to the Prime Minister to repeal the Act.